



**Njete**  
Das kommunistische Jugend

**Die GSoA**

**und der Krieg**

Welche  
Friedensbewegung  
braucht die Schweiz?



# WIR SAGEN NJET! MIT UNS KEIN KRIEG!

Stell dir vor, es ist Krieg und keiner merkt's!

Wenn du dir das nicht vorstellen kannst, dann musst du dich nur umsehen: du lebst ja in der Schweiz. Es ist noch keine zwei Jahre her, da gab die Schweiz ihren Luftraum für Bomber frei. Getroffen wurde das libysche Volk. Mehr als 50'000 Menschen starben durch die Bomben der Nato. Da half die Schweiz – natürlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten – fleissig mit. Oder der Afghanistankrieg. Da waren zwar nicht viele Schweizer Soldaten, aber immerhin ein paar mit dabei. Getreu dem Motto: Der Wille zählt. Und wenn jetzt in Syrien der Bürgerkrieg eskaliert, dann langt die Schweiz zwar nicht ganz so tief in die Taschen wie Deutschland, aber ein bisschen Geld für die Planung des Regierungsumsturzes macht man trotzdem locker.

Überall wo es brennt ist die Schweiz zur Stelle. Mit dem Benzinkanister versteht sich.

Der Krieg ist längst da. Noch bemerkt die Schweizer Bevölkerung ihn nicht. Noch trifft es hier keine Arbeiter oder Lehrlinge. Das liegt auch daran, dass die Schweiz nicht nur Käse, sondern eben auch Waffen und Gewalt in andere Länder exportiert. Damit hat man gleich zwei Vorteile auf seiner Seite: Wer das Geschäft um regionale Hegemonie und wirtschaftliche Interessen versteht, kann gut Geld machen. Und die Toten liegen dann auf den Friedhöfen anderer Länder.

Die Schweizer Bürgerlichen, die in jedem Krieg mitmischen, rechnen damit, dass wir ihnen alles durchgehen lassen. Sie setzen darauf, dass es uns nicht kümmert, solange nicht wir getroffen werden.

Machen wir ihnen einen Strich durch die Rechnung!

Für uns ist es egal, ob es Schweizer oder syrische Arbeiter sind, die sterben – wir sind gegen die Ausblutung jeder Nation im Interesse des Kapitals. Und auch du solltest das sein. Denn selbst wenn du jetzt nichts merkst, sei dir bewusst: Wer die Menschen anderer Länder für seine Interessen umbringt, der schreckt auch nicht davor zurück, die hiesige Bevölkerung über die Klippe springen zu lassen, wenn es drauf ankommt.

Und darum ist das Thema dieser Ausgabe auch der Frieden und die Friedensbewegung. Denn wer für den Frieden eintreten will, der muss ja wissen wie. Also haben wir uns die Friedensbewegungen der Schweiz angesehen. Die GSoA und die Schweizerische Friedensbewegung (SFB). Schonmal vorab: Die SFB ist um einiges lässiger. Darum versenden wir deren Zeitungen gleich mit. Weil man aber auch wissen muss, woher die Kriege kommen, stellen wir das Thema «Imperialismus» vor. Sich bilden, sich organisieren, dem Krieg den Krieg erklären. Darum geht es. Gemeinsam für den Frieden – das wäre doch ziemlich genial!

Taki Ch. Schnoz

Beat

Wille R

Danu

Yay

## Inland

**04** **Post von der KJ**  
Offener Brief der Kommunistischen Jugend an die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee.

**06** **KJ in Aktion!**  
Was hat die Kommunistische Jugend in den letzten Monaten getrieben? Die Antwort gibt's hier.

**10** **Roter Oktober**  
Die Party: Vom 2. bis zum 4. November haben sich die Schweizer Kommunisten getroffen. Da waren wir dabei.

**05** **Gaza: Stoppen wir den Genozid!**  
Israel bombardiert den Gazastreifen. Schon wieder! In der Schweiz protestieren Hunderte gegen die Massaker.

**08** **Der Kampf der Industriearbeiter**  
Arbeitskampf in der Industrie. Die MEM-Branche braucht einen neuen Arbeitsvertrag. Da heisst es streiken!

## Schwerpunkt

**12** **Kein Frieden mit der GSoA**  
Ist die GSoA eine Friedensbewegung? Wir finden nicht. Weshalb die Schweiz eine andere Friedensbewegung braucht.

**17** **Die Schweizerische Friedensbewegung**  
Die SFB ist die älteste Friedensbewegung der Schweiz. Was sie besonders macht und warum man sie unterstützen sollte.

## International

**19** **Ein Blick über den westlichen Tellerrand**  
In Syrien unterstützt der Westen die bewaffneten Rebellen. Aber damit ist er allein. Die Stellungen anderer Länder zu Syrien.

**22** **Mit Öl gegen Armut**  
In Venezuela bleibt Chávez Präsident. Für die Armen und Unterdrückten ein Grund zum Feiern!

## Theorie

**24** **Monopoly in echt**  
Imperialismus bedeutet Krieg und Ausbeutung der Völker. Lenin sagt uns, warum.

## Kultur & Trash

**28** **Pony Time**  
Es sind Ponys. Wir haben sie uns angesehen und schwanken zwischen Entsetzen und Amüsement.

## Impressum

«Njet! - Das kommunistische Jugendmagazin» erscheint mindestens viermal jährlich.

Auflage: 1'000

Herausgeber: Kommunistische Jugend Bern

Postfach 6966, 3001 Bern

Tel. 078 881 65 83

Verantwortlich für Herausgabe: Johannes Supe

Redaktion: Beat Wyss, Daniel Egloff, Tarek Idri, Johannes Supe

E-Mail: info@KommunistischeJugend.ch

Abonnementpreis: 20 Franken normal / 40

Franken soli

PC: 60-729369-5

Layout: Tarek Idri, Johannes Supe

Druck: onlineprinters.ch



Liebe GSoA,

Wir wollten euch wirklich mögen! Denn wir sind für den Frieden und dachten, ihr wäret es auch. Doch so leicht macht ihr es einem nicht. Als letztes Jahr der Krieg gegen Libyen anfang, hattet ihr allenfalls 'ne halbherzige Absage an die Bombardierungen parat. Aber dann musstet ihr die «Militärkoalition» von USA, Frankreich und Konsorten kräftig unterstützen. Was war denn da los?

Wenn jetzt in Syrien wieder mit Bomben gearbeitet wird, seid ihr nicht besser drauf. Klar: Die Bomben werden (noch) nicht geworfen, sondern heimlich gelegt. Und die, die das tun, nennen sich «Volksbewegung». Doch deswegen gleich von «Solidarität mit den Aufständischen» sprechen? Wir mussten wirklich schmunzeln. Ihr seid die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee. Wenn es jedoch eine «freie Armee» und noch dazu eine in Syrien ist, dann ist alles in Ordnung? Assads Repression verurteilt ihr, zu den Anschlägen der Aufständischen herrscht euer Schweigen. Dass ihr kein Wort zu den offenen und verdeckten Interventionen des Westens sagt, versteht sich schon fast von selbst.

Alles in allem ist es einfach verdammt schwer, den Frieden in eurer Friedenspolitik zu finden. Nein, wir sind nicht blind. Wir sehen schon, dass ihr etwas tut. Ein Teil davon ist auch gut. Etwa, wenn ihr gegen Waffenexporte kämpft. Da stehen wir auch immer dahinter. Wobei: Nicht jedes Mal. Ihr habt die ganz erstaunliche Eigenschaft, interessante Dinge wegzulassen. Kriegsmaterial kommt von der Schweiz nach Syrien; kam von der Schweiz nach Libyen. Dagegen protestiert ihr. Super. Aber ihr verschweigt eine Tat-

sache: Das Kriegsmaterial landet und landete nicht bei der syrischen oder libyschen Regierung, sondern bei den bewaffneten Rebellen. Wieso habt ihr das nicht erwähnt? Oh... Ist das eure «Solidarität mit den Aufständischen»?

Wie wäre es mal wieder mit einer Antikriegsdemo? So wie 2003, als ihr gegen den Irakkrieg gekämpft habt. War doch klasse! Fanden wir zumindest. Nur haben wir da mittlerweile so einen Verdacht. Den Irakkrieg wollte ja nicht jeder. Ganz besonders die deutschen Kapitalisten und ihre Schweizer Freunde haben mächtig Stunk gemacht. Sogar der deutsche Kanzler Schröder hat «Njet!» zum Krieg gesagt. Ist es vielleicht möglich, dass ihr nur dann gegen den Krieg seid, wenn das hiesige Bürgertum es auch ist? Würde zumindest passen. In letzter Zeit wollte das Bürgertum Krieg und ihr habt fein zugenickt.

Wir bleiben mal optimistisch. Vielleicht macht ihr irgendwann tatsächlich eine «kohärente Friedenspolitik». So mit Volkssouveränität und Völkerrecht und so. Ihr hättet unsere ganze Unterstützung. Und wir müssten nicht mehr so lästige Artikel über all euren Quark schreiben. Würde uns auch freuen. Dann werden wir noch Freunde!

Mit Friedensgrüssen von der

**KJS**  
Bern & Zürich



Foto: Daniel, Bern

## Gaza: Stoppen wir den Genozid!

Der israelische Staat bombardiert den Gazastreifen mit Raketen und Luftangriffen. Bei dem Massaker sterben Dutzende Palästinenser. Weltweit rufen die Angriffe Protest hervor. Auch in der Schweiz engagieren sich Hunderte gegen die israelische Mordpolitik.

In der Kälte des Novemberabends ertönt ein Pfiff und Hunderte liegen wie Leichen am Boden. Für zehn Minuten sind die Innenstädte von Bern, Zürich, Genf, Lausanne, Neuchâtel, Bellinzona und Freiburg mit regungslosen Körpern gepflastert. Es sind eindrucksvolle Bilder, die so entstehen: Dreissig Körper, aufgebahrt um einen Kinderwagen; eine ganz unbegehbare, weil mit dreihundert liegenden Menschen gefüllte Strasse.

So sieht der schweizerische Protest gegen die Angriffe Israels auf Gaza aus. Am 22. November riefen die Kommunistische Partei Tessins, die Sektionen der Kommunistischen Jugend und das anarchistische Kollektiv Scintilla zum Flashmob gegen den «Genozid in Gaza» auf. Über 600 Menschen beteiligten sich in sieben Städten an der Aktion.

### Massaker an den Palästinensern

Was in der Schweiz nur gespielt wird, ist in Gaza

längst blutige Realität. Seit dem 14. November greift das israelische Militär den Gazastreifen an. So wurden in einer einzigen Nacht, vom 16. auf den 17. November, mehr als 200 Raketen auf Gaza geschossen. Israel nennt die Angriffe beschönigend «Säulen der Verteidigung». Tatsächlich handelt es sich um ein blutiges Massaker an der unterdrückten palästinensischen Bevölkerung. Bis zum 19. November stieg die Zahl der Toten in Gaza auf 65, mehrere Hundert wurden verletzt. Zum offenen Mord kommt der schleichende hinzu. Die Lieferungen von Medizin, Esswaren oder Hilfsgütern nach Gaza werden von Israel verhindert.

In Gaza leben etwa 4.7 Millionen Menschen. Das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung wird ihnen verwehrt. Gegenüber Gaza betreibt Israel eine Apartheidspolitik, die die Niederhaltung der Palästinenser anstrebt. Dafür schreckt man auch vor Völkermord nicht zurück.

**Daniel, Bern**



### KJ Schweiz

Für einen besseren Arbeitsvertrag gehen am 22. September mehr als 5'000 Industriearbeiter mit ihren Gewerkschaften auf die Strasse. Sie halten den Bundesplatz für über eine Stunde besetzt. Natürlich sind auch wir dabei. Unsere Botschaft: «Klassenkampf statt Arbeitsfrieden!». In diesem Njet! liest du mehr dazu.

### KJ Bern

Das politische Schwergewicht der KJ Bern, lag in diesem Jahr bei der Pauschalbesteuerungskampagne. Zwei Informationsveranstaltungen fanden statt, eine in Biel und eine in Thun. Jeweils im Vorfeld wurde eine Woche lang Flyer vor Berufsschulen in der jeweiligen Region verteilt. Zudem organisierte die KJ Bern auch dieses Jahr den roten Oktober zum Thema «Krieg und Frieden». Der dauerte sogar einen halben Tag länger als in den vergangenen sechs Jahren. Auch in sportlicher Hinsicht, zeigte die KJ einige Leistungen, so nahm sie das dritte Jahr in Folge am Lenincup teil. Leider schied sie auch dieses Jahr wieder in der Gruppenphase aus. Damit die KJ im nächsten Jahr erfolgreicher ist, trainieren wir nun jeden Monat mindestens einmal. Die Trainings sind öffentlich. Meldet euch!

### KJ Zürich

Am 15. September war es mal wieder so weit: Der «Marsch für's Läbe». Christen gegen Abtreibung, Christen gegen Frauenrechte – darum ging's. Gute 1'000 Christen marschierten durch Zürich. Als engagierte Jugendliche haben wir uns das nicht bieten lassen. Mit dem «Bündnis für ein selbstbestimmtes Leben» haben wir alles dran gesetzt, ihnen ihren Spaziergang zu vermiesen. So wurden die Christen ausgebuht, ausgepiffen, ausgelacht. Und es gelang, den rechten Aufmarsch einige Zeit zu blockieren. Zürich gehört der Jugend, nicht den Christen!

### KJ Zentralschweiz

Mit 300 anderen waren wir auf der Strasse, um für das Bleiberecht zu demonstrieren. Dass die Sans-Papiers der Schweiz endlich regulariert werden müssen, dass der freie Aufenthalt in diesem Land möglich sein muss – so schwer dürfte es eigentlich nicht sein. Doch das Kapital kann sich freier bewegen als der Mensch, so einfach ist das. So scheisse ist das!

In Luzern fehlt noch ein Bleiberechtskollektiv, das gegen den Mist kämpft. Bei dessen Entstehung arbeiten wir mit. Und mit dieser Demonstration sind wir der Sache schon einen Schritt nähergekommen.



Fotos: Yoyo, Zürich

Zürich, 15. September: Protest gegen reaktionäre Christen.



Bern, 22. September: Demonstration von 5'000 Industriearbeitern.



Luzern, 17. November: Bleiberecht-Demonstration.



Foto: Yoyo, Zürich

# Der Kampf der Industriearbeiter

2013 muss der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der MEM-Branche erneuert werden. Über 110'000 Industriearbeiter und Lehrlinge sind betroffen.

«Jetzt steht auch der Arbeitsfrieden auf dem Spiel.» Und fünftausend Kehlen jubeln, umgeben von Hunderten roten Flaggen. Die Versammlung von Arbeitern spricht ihr Wort nicht in Reden, sondern in einem einzigen, langen Schrei; in Tausenden von Händen, die klatschen. Stunden in Regen und grauem Wetter nur für diesen einen Moment. Der Bundesplatz – er gehört den Arbeitern der Schweiz.

So schien es am 22. September. Er war der Auftakt zum kommenden Arbeitskampf um einen GAV in der Metall-, Elektro- und Maschinenindustrie. Mehr als 110'000 Fabrikarbeiter, Elektrikerinnen, Lehrlinge unterstehen diesem Arbeitsvertrag. Es ist der zweitgrösste der Schweiz. Und er muss 2013 neuverhandelt werden. Entsprechend wollten die Gewerkschaften, insbesondere die Unia, Druck aufbauen. Stärke auf der Strasse zeigen. Mehr als 5'000 Industriearbeiter versammelten sich zur grössten Werkdemo der Schweiz seit über zwölf Jahren. Sie waren kämpferisch und für den Arbeitskampf bereit.

## Auf in den Kampf!

Ob der Arbeitsfrieden wirklich endet, bleibt noch abzuwarten. Arbeitsfrieden, das ist der Verzicht auf Streik und wirklichen Arbeitskampf. Einen solchen werden die aber Arbeiter führen müssen. Bei den Verhandlungen um einen guten Arbeitsvertrag setzen die Patrons und Fabrikherren auf die klare Kante. Keine Verbesserungen, kein Mindestlohn, keine Arbeitszeitverkürzung. Der berüchtigte Artikel 57 soll unangetastet bleiben. Dieser ermöglicht den Patrons, den Arbeitsvertrag kurzfristig ausser Kraft zu setzen. Länger arbeiten, unbezahlt noch dazu. Und das in einer Branche, die auch bei hohen Gewinnen die Löhne in Euro auszahlen wollte. Ein Betrug an den Arbeitenden, so gewinnen sie nichts vom «starken Franken». Das kommende Jahr wird spannend für die Industriearbeiter. Einen guten GAV haben sie sich verdient. Dafür werden sie das Ende des Arbeitsfriedens brauchen: Streik.

**Yoyo, Zürich**

## Zehn Gewerkschaftsforderungen für den MEM-GAV

### 1. Mehr Industriepolitik:

Milliarden werden für Banken ausgegeben. Das ist Bankenpolitik. Was wird für die Industrie getan? Nichts. Das soll sich ändern.

### 2. Mehr Schutz:

Gewerkschaftsmitglieder und Vertrauensleute sollen vor der Willkür der Chefs geschützt werden. Keine Entlassungen wegen Gewerkschaftsarbeit.

### 3. Endlich Mindestlöhne:

Kein Lohn unter 4'000 Stutz. Davon steht im alten Arbeitsvertrag nichts, dafür muss gekämpft werden.

### 4. Weg mit dem «Krisenartikel»:

Artikel 57 im alten GAV konnte von den Arbeitgebern benutzt werden, um länger arbeiten zu lassen. Schluss damit.

### 5. Früher in Rente:

Industriearbeit ist harte Arbeit. Da hält man nur schwer bis 65 durch. Deshalb das Rentenalter 62.

### 6. GAV für alle:

Lernende, Angestellte und Temporärarbeitende müssen auch unter den GAV gefasst werden. So wie sich das gehört.

### 7. Endlich Gleichstellung:

Frauen verdienen weniger, Migranten werden diskriminiert. Weg mit dem Dreck. Gleiche Behandlung aller Arbeitenden.

### 8. Mehr Ferien:

Die Arbeit wird härter, die Arbeitsintensität nimmt zu. Darum mehr Ferien für die Arbeitenden im neuen Arbeitsvertrag.

### 9. Besserer Berufseinstieg:

Nach der Lehre arbeitslos? Unmögliche Sache. Für das Recht auf Weiterbeschäftigung im ersten Jahr nach der Lehre.

### 10. Mehr Gesundheit:

Gesundheit und Prävention braucht es. Darum mehr Mitspracherecht der Arbeitenden über den Arbeitsplan.



Foto: Chloé Neuchâtel

Mit den Arbeitern und Gewerkschaftern stehen die Kommunisten: Aktivisten der Kommunistischen Jugend an der Werkdemo in Bern am 22. September.



# Roter Oktober

Fotos: Chloé, Neuchâtel



Gegen Krieg und Imperialismus steht die ganze Kommunistische Jugend! Das Abschlussbild des Roten Oktobers (oben). Vom 2. bis zum 4. November haben wir den Roten Oktober veranstaltet. 30 junge Genossen und Genossinnen haben diskutiert, gearbeitet und getrunken. Wir zeigen euch, wie es gewesen ist.

Fraktionsbildung bei den Kommunisten! In den Veranstaltungspausen wurde beobachtet, wie sich verschwörerische Gruppen gebildet haben (links). Gerüchte besagen, dass die Revolution geplant wurde. Anzumerken ist, dass der Zigarettenkonsum in kurzer Zeit massiv stieg.

Der Rote Oktober wurde im lauschigen Därstetten veranstaltet (unten). Die 800-Personen-Gemeinde in Bern besticht durch ihren hohen Anteil an Rassist: 62% SVP.





Der Frieden bewegt uns! Die Frage von Militär, Wehrpflicht und Friedensbewegung war das Hauptthema dieses Roten Oktobers. Während wir das theoretisch in Vorträgen und Referaten behandelt haben (oben links), ging es praktisch drum, gemeinsam Transparente und Material herzustellen (oben rechts). Auch in diesem Njet! geht es um das Thema. Also weiterlesen! Darüber hinaus können wir bestätigen, dass mittlerweile zwei Cyril(le)s bei uns die Arbeit verrichten. Während sich Cyrille als Ghostbuster betätigt (links), lockert Cyril durch sein gewinnendes Lächeln jede Veranstaltung auf (unten). Weiter so!

**Kommunistische Jugend**





# Kein Frieden mit der GSoA

Kriege werden geführt. Die Schweiz macht mit.

Wenn die USA, Deutschland, Grossbritannien, Frankreich oder Italien bomben und morden, mischt die Schweiz mit. In Afghanistan waren auch Schweizer Soldaten stationiert. Für den Bombenkrieg gegen Libyen öffnete die Schweiz ihren Luftraum. In Syrien töteten die Aufständischen neuerdings mit schweizerischen Handgranaten. Man sieht: Die Schweiz braucht eine Friedensbewegung. Aber braucht sie die GSoA?

«Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee wurde am 12. September 1982 von 120 Männern und Frauen zwischen 18 und 87 Jahren im "Kreuz" in Solothurn gegründet.»<sup>1</sup> Weniger bekannt: Diese Gründung wurde von der Juso bereits ein Jahr zuvor diskutiert. Die GSoA entstammt also dem Umfeld der Juso am Anfang der 80er Jahre.<sup>2</sup>

Ihr Ziel ist scheinbar einfach: die Aufhebung der Armee. So steht es im Namen und das war auch das erste, was die GSoA versuchte. 1986 reichte sie die Initiative zur Aufhebung der Armee ein. Diese wurde zwar abgelehnt, aber der Kampf gegen das Militär ist seitdem Hauptbestandteil der Arbeit der GSoA. Immer wieder äussert sich die GSoA auch zu aussenpolitischen Themen. Sie hat sich für den Eintritt der Schweiz in die Uno eingesetzt, sie hat zum Jugoslawienkrieg in den 90er Jahren Stellung bezogen, zuletzt beschäftigte sie sich sogar mit Formel-1-Rennen in Bahrain.<sup>3</sup> Insgesamt will die GSoA also nicht nur eine Anti-Armee-Organisation, sondern eine Friedensbewegung sein. Sie möchte zusammenhängen-

de, «kohärente Friedenspolitik»<sup>4</sup> betreiben. Aber tut sie das auch?

## Sie reden von Neutralität.

In Syrien und für Syrien braucht es eine Friedensbewegung. Gerade dort, wo ein Land in einen blutigen Bürgerkrieg gerissen wird, müsste eine Friedensbewegung aktiv werden. Zumal die Schweiz kräftig im Bürgerkrieg mitmischt. Aus diesem Grund hat die Kommunistische Jugend ihren «Appell für Frieden in Syrien»<sup>5</sup> gestartet, mit dem sie die Einhaltung des Völkerrechts, ein Ende der Waffenlieferungen und den Stopp jeglicher Finanzierung des bewaffneten Kampfs in Syrien fordert. Auch die GSoA wurde für diesen Appell angefragt.

Cordula Bieri (Junge Grüne, GSoA-Sekretärin) hat daraufhin geantwortet:

«Wir haben diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass wir (...) den Aufruf der Kommunistischen Jugend (...) nicht unterstützen werden. [Er lässt] zwischen den Zeilen klar lesen, auf welcher Seite

<sup>1</sup> [www.gsoa.ch/gsoa/geschichte/](http://www.gsoa.ch/gsoa/geschichte/)

<sup>2</sup> [de.wikipedia.org/wiki/Gruppe\\_für\\_eine\\_Schweiz\\_ohne\\_Armee](https://de.wikipedia.org/wiki/Gruppe_für_eine_Schweiz_ohne_Armee)

<sup>3</sup> [www.gsoa.ch/media/medialibrary/2012/04/Brief.pdf](http://www.gsoa.ch/media/medialibrary/2012/04/Brief.pdf)

<sup>4</sup> [www.gsoa.ch/themen/krieg-und-frieden/01977/menschenverachtende-verschaerfungen-im-asylgesetz/](http://www.gsoa.ch/themen/krieg-und-frieden/01977/menschenverachtende-verschaerfungen-im-asylgesetz/)

<sup>5</sup> Der Appell findet sich unter: [www.kommunistischejugend.ch/?page\\_id=1354](http://www.kommunistischejugend.ch/?page_id=1354)

man steht und die GSoA wird keine Stellung beziehen.»<sup>6</sup>

Die GSoA will «keine Stellung beziehen», will neutral bleiben, will weder Rebellen noch Regierung unterstützen. Das ist durchaus legitim. Alles ist besser, als den bestehenden Konflikt anzuzünden. Leider hat die GSoA an dieser Stelle offen gelogen.

### Sie wollen den Regierungssturz.

Am 1. März veranstaltet die GSoA eine Mahnwache in Bern, «Solidarität mit den Opfern in Syrien». Das scheint gut, ist aber grauenvoll, nämlich ein grauenvoller PR-Anlass. Da heisst es dann: «Die grausame Repression des Assad-Regimes gegen die syrische Volksbewegung hat bereits Tausende von Opfern gefordert.» Und was ist mit den Tausenden und Tausenden von Toten durch die Aufständischen? Das syrische Regime gehöre zu «den repressivsten Polizeistaaten der Welt», entsprechend habe sich die «Freie Syrische Armee» nur «aufgrund der Hinrichtung von Soldaten, die sich geweigert haben, auf Mitbürgerinnen und Mitbürger zu schießen» gebildet. Und das sei auch verständlich, schliesslich sind die «die Demonstrationen und Kundgebungen [in Syrien] am Anfang völlig friedlich und betont überkonfessionell» gewesen. Das ist eine Lüge: Schon in den ersten Tagen des Aufstands hat es tote Sicherheitskräfte und Polizisten gegeben.<sup>7</sup> Und wie schliesst man eine Mahnwache ab? Mit dem Aufruf zur Intervention. Was Syrien brauche, sei «keine weltweite Kampagne gegen die Repression und für ein demokratisches und überkonfessionelles Syrien».<sup>8</sup> Die Worte klingen vertraut. Jeder kennt sie, jeder hört sie – von den Kriegsministern Europas und Amerikas!

Aber Cordula Bieri schreibt, dass die GSoA «keine

Stellung» beziehen wird.

Am 11. Juni schickt die GSoA einen offenen Brief an alle Parlamentarier, «Syrische Deserteure schützen: Kriegsdienstverweigerung muss ein Asylgrund bleiben!» Dessen Inhalt: «Eine der grössten Chancen für die Aufständischen in Syrien sind die immer zahlreicheren Deserteure der syrischen Streitkräfte. Sie riskieren ihr Leben, indem sie der Armee den Rücken zukehren und sich weigern, weiter gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Und sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Schwächung des Regimes von Baschar al-Assad.» Deswegen spürt die GSoA «das Verlangen, Solidarität mit den Aufständischen und den Opfern der grausamen Gewalt des Regimes auszudrücken». Diese Solidarität, sie ist die Anerkennung des Asylrechts für syrische Deserteure. Eben «zur Schwächung des Regimes von Baschar al-Assad».<sup>9</sup>

Aber Cordula Bieri schreibt, dass die GSoA «keine Stellung» beziehen wird.

Am 16. Oktober verkündet die GSoA, dass sie das Asylgesetzreferendum unterstützen werde. Weil «vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Syrien» «die Desertion die einzige Chance ist, den Despoten ohne Blutvergiessen zu stürzen».<sup>10</sup> Man beachte die Logik: Wenn die syrische Armee nicht desertiert, wenn die Schweiz nicht ihre Asylpolitik ändert - nun, dann muss Assad wohl mit Blutvergiessen gestürzt werden. Wie in all ihren Publikationen zu Syrien geht es der GSoA auch hier nur um den Sturz der syrischen Regierung, also «regime change». Die GSoA macht aus dem Asylgesetzreferendum eine Umsturzagitacion.

Aber Cordula Bieri schreibt, dass die GSoA «keine Stellung» beziehen wird.

<sup>6</sup> Diese Antwort erhielt die Kommunistische Jugend am 18. August 2012.

<sup>7</sup> Joachim Guilliard «Friedliche Revolution», in: junge Welt, 1. Juni 2012

<sup>8</sup> [www.gsoa.ch/themen/krieg-und-frieden/01901/solidaritaet-mit-den-opfern-syrien-eine-mahnwache/](http://www.gsoa.ch/themen/krieg-und-frieden/01901/solidaritaet-mit-den-opfern-syrien-eine-mahnwache/)

<sup>9</sup> [www.gsoa.ch/media/medialibrary/2012/06/An\\_alle\\_Nationalrätinnen\\_und\\_Nationalräte.pdf](http://www.gsoa.ch/media/medialibrary/2012/06/An_alle_Nationalrätinnen_und_Nationalräte.pdf)

<sup>10</sup> [www.gsoa.ch/medien/01976/gsoa-unterstuetzt-referendum-gegen-verschaerfung-d/](http://www.gsoa.ch/medien/01976/gsoa-unterstuetzt-referendum-gegen-verschaerfung-d/)



**GSoA: «Solidarität mit den Aufständischen».** Im Mai wurde ein Anschlag in Damaskus verübt. Dutzende Menschen wurden getötet, mehr als 300 verletzt. Der Anschlag wird den Aufständischen zugerechnet.

## Nicht immer gegen Krieg

Ausser Cordula sehen alle, dass die GSoA Sympathien hegt. Für eine Bürgerkriegspartei und gegen die Regierung des Landes. Das hat Tradition: bevor Syrien zum Opfer von Gewalt, Waffenlieferungen, Artilleriebeschuss wurde, traf es ein anderes Land: Libyen. Über Monate hinweg wurde Libyen von NATO-Staaten bombardiert. Mehr als 30'000 Menschen fielen den NATO-Bomben zum Opfer.<sup>11</sup>

Wie hat damals die GSoA reagiert, wie sah damals ihre «kohärente Friedenspolitik» aus?

In den Worten der GSoA:

«Wer für sich in Anspruch nimmt, aus humanitären Gründen militärisch zu intervenieren, nimmt eine hohe Rechtfertigungslast auf sich. Es gibt keinen Krieg ohne «Kollateralschäden», auch nicht in Libyen. Will die Militärkoalition von der Bevölkerung dennoch als Befreierin wahrgenommen werden, so muss sie deutlich machen, dass ihr die afrikanischen Menschen wirklich etwas wert sind.» Und weiter: «Will die Militärkoalition in Libyen Erfolg haben, so muss sie glaubwürdig sein in ihrem Bekenntnis zum Schutz der Zivilbevölkerung. Das beinhaltet auch den Schutz derer, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben zu neuen Ufern aufbrechen.»<sup>12</sup> Das ist nicht die Verurteilung des Krieges. Stattdessen gute Ratschläge für die Kriegskoalition, damit sie auch sicher als «Befreierin» wahrgenommen wird. An dieser Stelle stellt die GSoA eben nicht den Krieg in Frage. Kriegsunterstützung durch eine Friedensbewegung?

Doch die GSoA kann auch anders. An einer Stelle – wohlgemerkt: einer einzigen – schreibt sie: «Wir fordern den Stopp der Bombardierungen.» Aber auch diese Forderung steht in einem interessanten Kontext. Nämlich: «[Durch die Bombardierungen und deren Folgen] wird der Theorie Ghadhafis, es handle sich bei der Intervention der Weltgemeinschaft um westlichen Imperialismus, Vorschub geleistet.»<sup>13</sup> Warum also soll nicht gebombt werden? Damit es nicht so aussieht (!) als würde der Westen imperialistische Interessen vertreten. Alles in allem ist die GSoA nicht eine Bewegung gegen den Imperialismus. Sie verdeckt nur die hässliche Fratze des Imperialismus!

## Eine links-bürgerliche Bewegung

Was ist diese Friedensbewegung, deren «kohärente Friedenspolitik» immer wieder darin besteht, die In-

terventionen, Einmischungen, Kriege hinzunehmen? Sie ist – eine bürgerliche Friedensbewegung. Das zeigt sich beim Blick auf ihre Entstehung, das zeigt sich auch bei der Betrachtung der GSoA-Sekretäre. Die GSoA ist aus dem Umfeld der Juso entstanden. Und sie ist auch im Umfeld der Juso geblieben.

Nikolai Prawdzic (Juso)

Franziska Bender (Juso)

Jonas Zürcher (Juso)

Jo Lang (Grüne)

Stefan Dietiker (kandidierte für die Jungen Grünen)

Cordula Bieri (Junge Grüne)

Seraina Patzen (Junge Alternative)

Der Grossteil der Sekretäre der GSoA und ihre bekanntesten Akteure sind grün-sozialdemokratisch. Hier haben wir den linken, den fortschrittlicheren Teil des Bürgertums – aber immer noch das Bürgertum. Ihre Ideen gehen selten oder nie über den Rahmen der heutigen, fröhlich-bürgerlichen Gesellschaft hinaus. Zum Umsturz aller Verhältnisse rufen sie nicht auf, sondern zur Arbeit in ihnen. Dass der Kapitalismus zerschlagen werden muss: Das ist ihnen fremd. Aber so, wie die Juso nicht die Revolution will, so hat auch die GSoA nichts mit einer «kohärenten Friedenspolitik» am Hut. Eine solche Friedenspolitik kann nicht mit, sondern nur gegen das Bürgertum gemacht werden. Und da hört der Spass für die GSoA auf.

In den Worten von Jean Jaurès: «Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Gewitterwolke den Regen.»<sup>14</sup> In dieser relativ einfachen Aussage stecken all die Mysterien, die der GSoA verborgen bleiben. Die Kapitalinteressen im heutigen Kapitalismus lassen sich letztlich nur durch Kriege verwirklichen. Krieg gegen Afghanistan, Krieg gegen den Irak, Krieg gegen Libyen, Krieg gegen Syrien. Diese Kriege sind genau das, was die GSoA für absurd hält: *imperialistische* Kriege. Sie kommen unausweichlich, zu ihrer Begründung werden immer irgendwelche humanitären Notstände oder Einsätze für Demokratie herangezogen. Um sie zu verhindern, müsste man das Kapital angreifen, müsste man sich auf einen *antiimperialistischen* Standpunkt stellen.

Die GSoA weiss von alledem kein Wort, noch weniger würde sie ihm folgen. Sie ist nunmal, was sie ist: eine bürgerliche Friedensbewegung.

<sup>11</sup> [www.kriegsberichterstattung.com/id/1417/nato-willkur-jetzt-auch-in-pakistan-nach-30-000-toten-in-libyen-bringt-westliches-kriegsbundnis-nun-26-pakistanische-soldaten-um/](http://www.kriegsberichterstattung.com/id/1417/nato-willkur-jetzt-auch-in-pakistan-nach-30-000-toten-in-libyen-bringt-westliches-kriegsbundnis-nun-26-pakistanische-soldaten-um/)

<sup>12</sup> [www.gsoa.ch/gsoa/zeitung/147/migrationsabwehr-und-humanitaerer-krieg/](http://www.gsoa.ch/gsoa/zeitung/147/migrationsabwehr-und-humanitaerer-krieg/)

<sup>13</sup> [www.gsoa.ch/themen/krieg-und-frieden/01780/bombing-peace/](http://www.gsoa.ch/themen/krieg-und-frieden/01780/bombing-peace/)

<sup>14</sup> Mehr zu dem Thema im Artikel: «Monopoly in echt»

## Menschenrechte vergessen

Aber die Tragik der GSoA hört nicht mit dieser Erkenntnis auf. Nun fängt es erst an, haarsträubend zu werden. Bekanntlich schleppt das Bürgertum seit einigen Jahrzehnten eine schwere Bürde mit sich herum. Dieser Klotz am Bein sind die Menschenrechte. Das ist ironischerweise zu fortschrittlich für die heutigen Kapitalinteressen. Ein Blick in den Zivil- und in den Sozialpakt der Menschenrechte zeigt warum:

### Artikel 1

**(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.**

### Artikel 5

**(1) Keine Bestimmung dieses Paktes darf dahin ausgelegt werden, dass sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die auf die Abschaffung der in diesem Pakt anerkannten Rechte und Freiheiten oder auf weitergehende Beschränkungen dieser Rechte und Freiheiten, als in dem Pakt vorgesehen, hinzient.**

Die Menschenrechte schreiben die Volkssouveränität als unantastbares Prinzip fest. Kein Staat, keine Organisation hat das Recht, sich in die inneren Belange eines anderen Staates einzumischen. Waffenlieferungen an eine Bürgerkriegspartei? Gegen die Menschenrechte. Krieg, um Demokratie herbeizubomben? Gegen die Menschenrechte. Intervention im Namen der Menschenrechte? Gegen die Menschenrechte.

Das Bürgertum musste sein eigenes Recht also in Scherben schlagen, um Krieg führen zu können. Momentan kann man mit den Menschenrechten eine «kohärente Friedenspolitik» betreiben. Das unablässige, beharrliche Pochen auf die Volkssouveränität, auf die Menschenrechte – das wäre die Aufgabe jeder Friedensbewegung im letzten Jahrzehnt gewesen. Die Volkssouveränität gegen die bürgerlichen Kriegsgelüste stellen – das tut die GSoA nicht. Analog zum Bruch des Bürgertums mit seinem eigenen Recht gibt auch die GSoA die Menschenrechte auf. Das ist in diversen Gesprächen mit ihren Sekretären klar geworden. Ob es nun eine Cordula Bieri oder ein Nikolai Prawdiz ist, sie alle wollen die Volkssouveränität nicht «verabsolutieren». Ironisch, nicht? Die selben Leute, die die Volkssouveränität nicht verteidigen, sehen sich als Verfechter des Menschenrechts. Offenbar haben sie es nie gelesen.

## Die zwei Funktionen der GSoA

Die GSoA bringt den Krieg nicht hervor. Die GSoA führt den Krieg auch nicht. Aber: Auch wenn ihre Absichten nobel sind, und auch, wenn sie sich Illusionen über ihr eigenes Handeln machen, übernimmt die GSoA *objektiv* zwei Aufgaben in dieser Gesellschaft.

### 1. Die Integrierung von Protest

Protest integriert die GSoA durch ihre Existenz. Sie ist die grösste schweizerische Friedensbewegung. Allein ihre Zeitung hat noch immer eine Auflage von 20'000. Sie ist entsprechend hegemonial – wer sich für das Thema Frieden interessiert, der wird wahrscheinlich bei der GSoA landen. Und dann ist man in jener Bewegung, die sich im Zweifel nicht gegen Krieg und die Einmischungen stellt. Die GSoA absorbiert möglichen Protest. Sie kämpft dieses und jenes Gefecht (etwa gegen Autorennen in Bahrain oder gegen Waffenexporte) und gibt sich damit den Anschein einer radikalen Friedensbewegung. Wo es aber um die Hauptinteressen des Bürgertums geht, da hört der Kampf der GSoA auf. Wer da schon in der GSoA ist, der fängt erst gar nicht damit an.

### 2. Linke Kriegslegitimierung

Andererseits trägt die GSoA die Argumente des Bürgertums für Krieg in die Linke hinein. Das Bürgertum spricht von Demokratie und humanitärer Intervention – die GSoA tut es auch. Das Bürgertum spricht vom schrecklichen Diktator und der mutigen «Freien Syrischen Armee» - die GSoA tut es auch. Das Bürgertum ignoriert die Menschenrechte – also tut es auch die GSoA. Und damit macht die GSoA, was der Gutbürgerliche nicht kann: Sie erzählt den selben Dreck so, dass die Linke ihn glaubt. Niemand, der etwas auf sich hält vertraut einem Blocher. Einer GSoA hingegen schon. Könnte es die Kriege so widerstandslos ohne die Linke geben? Wohl nicht. Also muss dafür gesorgt sein, dass die Linke mitmacht. Und die armen Teufel der GSoA erledigen genau diese Drecksarbeit...



50'000 Menschen demonstrieren am 22. März 2003 gegen den Irakkrieg. Damals unterstützte die GSoA den Widerstand gegen Krieg massgeblich. Allerdings waren auch grosse Teile der deutschen und schweizerischen Kapitalisten gegen den US-Krieg.

### Mit grossem Einfluss...

Diese Funktionen der GSoA sind umso fataler, je grösser ihr Einfluss ist. Die GSoA hat einen riesigen Einfluss auf Sozialdemokraten und Grüne. Das ergibt sich schon durch die Personalunionen in ihr: Jonas Zürcher ist nicht nur Sekretär der GSoA, sondern sitzt auch in der Geschäftsleitung der Juso. Cordula Bieri ist im Vorstand der Jungen Grünen; Jo Lang war Nationalrat der Grünen...

In dieser Hinsicht ist die GSoA die Denkfabrik der parlamentarischen Linken. Denkwürdig etwa der Ausspruch von Franziska Bender: «Die Grünen tun sowieso, was wir vorschlagen.»

Und da getan wird, was die GSoA sagt, und die GSoA «Nein!» zum Völkerrecht sagt, ist es nicht verwunderlich, dass weder Sozialdemokraten noch Grüne irgendetwas in dieser Richtung unternehmen. Auf Anfrage der Kommunistischen Jugend nach Völkerrecht und dem Appell für Frieden in Syrien erhielt sie von der GSoA und den Jungen Grünen teils wortgleiche Antworten. Und

#### Ein KJ-Aktivist aus Zürich Ein Regionalgruppentreffen der GSoA in Zürich. Thema Syrien.

«Im grossen Büro der GSoA, umgeben von dutzenden Magazinen, noch mehr Büchern, ungezählten Zeitungen sitze ich im Kreis der acht GSoA-Aktivisten. Von denen die Hälfte bezahlte Sekretäre sind. Wir wollen über Syrien sprechen. Um uns zu informieren, lesen wir – die NZZ. Als ich vorschlage, dass man doch auch einen Blick in die «junge Welt» – eine nette, linke, marxistische Zeitung aus Deutschland – werfen könnte, schüttelt Nicolai nur den Kopf. «Zu dogmatisch.» Naja, wer die NZZ für den Gipfel von Objektivität hält, dem muss wohl alles andere als eng erscheinen...

Zu eng ist ihm auch die Volkssouveränität. Die sei «nicht angemessen» in Bezug auf Syrien. Es ginge jetzt um Solidarität. Mit der Bevölkerung. Alle stimmen ihm zu. Später lese ich dann von Solidarität, aber mit den Aufständischen.

Ich frage, wie es mit dem Eintreten gegen einen möglichen Krieg aussieht. Und man versichert mir, dass die GSoA jede Kriegsbestrebung bekämpfen wird. Das habe ich auch geglaubt. Heute bin ich aber klüger: Von der Türkei wird auf Syrien geschossen, die Kriegsvorbereitungen laufen. Dazu hat die GSoA noch nicht ein Wort verloren.»

wenn die «Erklärung von Bern» in ihrer Ablehnung eben jenes Appells nebenbei erwähnt, dass sie «bei Fragen zu Waffenexport» «sehr eng mit der GSoA»<sup>15</sup> zusammenarbeitet, wird deutlich, welche Rolle die GSoA innert der Linken spielt.

### ...kommt eine grosse Katastrophe

Wohin kann die GSoA führen? Marco Geissbühler.

Er ist GSoA-Mitglied, in der Juso, im Vorstand einer Bezirks-SP in Zürich. Leider ist er auch jemand, der einen Krieg durchaus akzeptiert. Über die Bombardierung Libyens schrieb er: «Deshalb gilt es im Kontext der Situation vorliegende Intervention zu akzeptieren und ein Stück weit – insofern damit ein massives Massaker an der Zivilbevölkerung vermutlich verhindert werden konnte – sogar zu begrüssen. Damit einher geht die Akzeptanz von Überflügen durch fremde Streitkräfte über Schweizer Territorium, solange diese im Rahmen der UNO-Resolution 1973 geschehen.»<sup>16</sup>

Die Intervention akzeptieren, sie sogar begrüssen. Die Bombenangriffe auf Libyen auch begrüssen? Marco Geissbühler sieht sich als Linker. Vielleicht ist er es auch. Er sieht sich als Teil der Friedensbewegung. Auch das mag er sein. Teil der selben Friedensbewegung, die

sich nicht dazu durchringen kann, den Krieg abzulehnen. Teil der GSoA. Die Schweiz braucht eine andere Friedensbewegung!

Yoyo, Zürich

<sup>15</sup> Diese Antwort erhielt die Kommunistische Jugend am 26. August 2012.

<sup>16</sup> Marco Geissbühler, «Ein linkes Ja zur militärischen Intervention?», in: vorwärts, 8. April 2011



## Die Schweizerische Friedensbewegung

Die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) tritt entschieden gegen den Krieg ein. Als Verteidigerin der Volkssouveränität stellt sie eine wirkliche Friedensbewegung dar. Eine Vorstellung.

Es ist das Jahr 1949. Der Zweite Weltkrieg hat über 55 Millionen Tote hinterlassen. Städte liegen in Trümmern. Die abscheulichsten Verbrechen des deutschen Faschismus werden für die ganze Welt sichtbar. Fast 20 Millionen Tote gibt es allein in der UdSSR. Die Atombombe wurde über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen, wieder starben Hunderttausende. Das ganze Elend des Krieges kann jeden Tag auf den zerstörten Strassen, an den Krüppeln, den Verstümmelten, den Vertriebenen und Zerschlagenen betrachtet werden. Der Imperialismus hat der ganzen Welt sein Gesicht gezeigt – die Menschen, sie wenden sich angewidert ab.

Es ist das Jahr 1949. Der Wunsch nach Frieden, nach dem endgültigen Ende jeden Kriegs ist wieder entfacht. Der Ruf nach einer «Weltfriedensbewegung» mobilisiert die Menschen. 2'000 Delegierte aus 72 Ländern reisen in diesem Jahr nach Paris. Unter den Teilnehmenden finden sich die bekanntesten Personen ihrer Zeit. Der berühmteste von ihnen: Pablo Picasso. Er schenkt der Friedensbewegung die weltbekannte Friedenstaube. Der französische Atomphysiker und Nobelpreisträger Frédéric Joliot-Curie leitet die Versammlung. Wenig später entsteht der Weltfriedensrat, der sich bis heute für den Frieden einsetzt.

### Gründung der Schweizerischen Friedensbewegung

Louise und Joe Stebler nehmen ebenfalls an der Konferenz teil. Sie kommen aus der Schweiz – und sie bringen die Friedensbewegung in die Schweiz: Mit Dutzenden Personen der unterschiedlichsten Weltanschauungen und Hintergründen gründen sie noch 1949 die Schweizerische Friedensbewegung.

Das stösst auf Sympathie bei vielen Schweizern und auf den Hass des Schweizer Staats. Von Beginn an wird die Schweizerische Friedensbewegung von der politischen Polizei überwacht. «Vaterlandsverräter» und «kommunistische Spione» – so bezeichnet der bürgerliche Staat die SFB. 1949, das ist auch die Zeit des beginnenden «Kalten Krieges». Da sich das Bürgertum die Möglichkeit des heiss-werdenden Kriegs offenhalten will, betreibt es eine wütende Hetze gegen alle, die für Entwaffnung, Völkerverständigung und Frieden sind. Mit Saalverboten, Plakatverboten, Hetzschriften, gezielten Falschmeldungen oder Nicht-Meldungen in der bürgerlichen Presse soll die Schweizerische Friedensbewegung in die Knie gezwungen werden.

### Gegen Massenvernichtung und Unterdrückung

Doch sie bleibt. Und sie entwickelt eine unheimliche Aktivität: 1950 werden über 250'000 Unterschriften in

der Schweiz für einen Appell gegen Atomwaffen gesammelt. In den Folgejahren befasst sie sich immer wieder mit dem Kampf gegen die Massenvernichtungswaffen. Als es 1977 um die Neutronenbombe geht – jene Waffe, die nur Menschen, nicht aber Material, Maschinen, Infrastruktur vernichten sollte – bringt die SFB trotz völligem Medienboykott über 25'000 Unterschriften für einen Appell gegen sie zusammen. Auch auf einem anderen Feld arbeitet die SFB. Sie war und ist solidarisch zu allen Befreiungsbewegungen, die zum Ziel haben, koloniale Zustände zu beenden. Ein praktisches Beispiel dieser Solidarität: 1972 sammelt man eine Million Bleistifte für Vietnams Kinder. Zu jener Zeit bombardieren die westlich-imperialistischen Staaten das vietnamesische Volk noch.

### Volkssouveränität und Internationalismus

Mit ihren 63 Jahren ist die Schweizerische Friedensbewegung die älteste Friedensorganisation der Schweiz. Und sie ist eine Friedensbewegung mit ei-

#### Auszug aus dem Programm der Schweizerischen Friedensbewegung:

1. Verbot aller Massenvernichtungswaffen, insbesondere der Atomwaffen, der chemischen und der biologischen Waffen; Schaffung atomwaffenfreien Zonen. Einstellung des Wettrüstens, Rüstungsbegrenzung. Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte auf der ganzen Welt; Auflösung aller Militärblöcke auf der ganzen Welt. Allgemeine, gleichzeitige, vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle.
2. Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung und des Kolonialismus.
3. Achtung des für den Frieden wesentlichen Rechts der Völker auf Souveränität und Unabhängigkeit.
4. Achtung und unbedingte Respektierung der territorialen Integrität der Staaten.
5. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nationen.
6. Handels- und kulturelle Beziehungen, die auf gegenseitigem Vorteil, Achtung und Freundschaft basieren.
7. Friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.
8. Ablösung der Politik der Stärke durch eine Politik der Verhandlungen zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Staaten.

nem starken internationalen Charakter. Das erklärt sich schon aus ihrer Entstehung. Die SFB ist weiterhin Mitglied des Weltfriedensrates und trägt dessen Entschlüsse und Stellungnahmen weitgehend mit.

Um aber das wirklich Besondere an ihr zu finden, muss man einen Blick in das Programm der SFB werfen. Dort wird die Volkssouveränität als «wesentlich» für den Frieden erklärt.

Gerade die Volkssouveränität ist von entscheidender Bedeutung. Indem die Schweizerische Friedensbewegung diese hervorhebt, stellt sie sich wirklich auf die Seite des Friedens. Krieg lässt sich nicht ohne die Zerschlagung der Volkssouveränität führen. Das war in Afghanistan, im Irak, in Libyen so. Jedes Mal musste die Volkssouveränität von den westlichen kriegsführenden Staaten verletzt werden. Entsprechend ist das Verhältnis zur Volkssouveränität auch zum Prüfstein jeder Friedensbewegung geworden: Für oder gegen? Und jedes Mal hat sich gezeigt, dass die «Friedensbewegungen», die die Volkssouveränität nicht entschieden verteidigen, auch den Frieden nicht entschieden verteidigen.

Die Schweizerische Friedensbewegung ist die *unterstützenswerte* Friedensbewegung, weil sie den einen Punkt hochhält, der für das Bürgertum inakzeptabel geworden ist: die Selbstbestimmung der Völker. Das heutige, westliche Bürgertum kann seine Interessen nicht mehr verwirklichen, ohne die Völker zu entmündigen und sich in die inneren Angelegenheiten der Nationen einzumischen. Etwa in Syrien, wo es von westlicher Seite neben finanzieller und logistischer Unterstützung auch Waffenlieferungen für marodierende Banden gibt. Die SFB lehnt das ab. Und damit lehnt sie gleichzeitig auch die westlichen Interessen ab, die hinter alledem stehen. In der Praxis ist der Unterschied zwischen SFB und (beispielsweise) der GSoA auch sprachlich erkennbar: Die Schweizerische Friedensbewegung spricht von Dialog in Syrien, die GSoA von Umsturz.

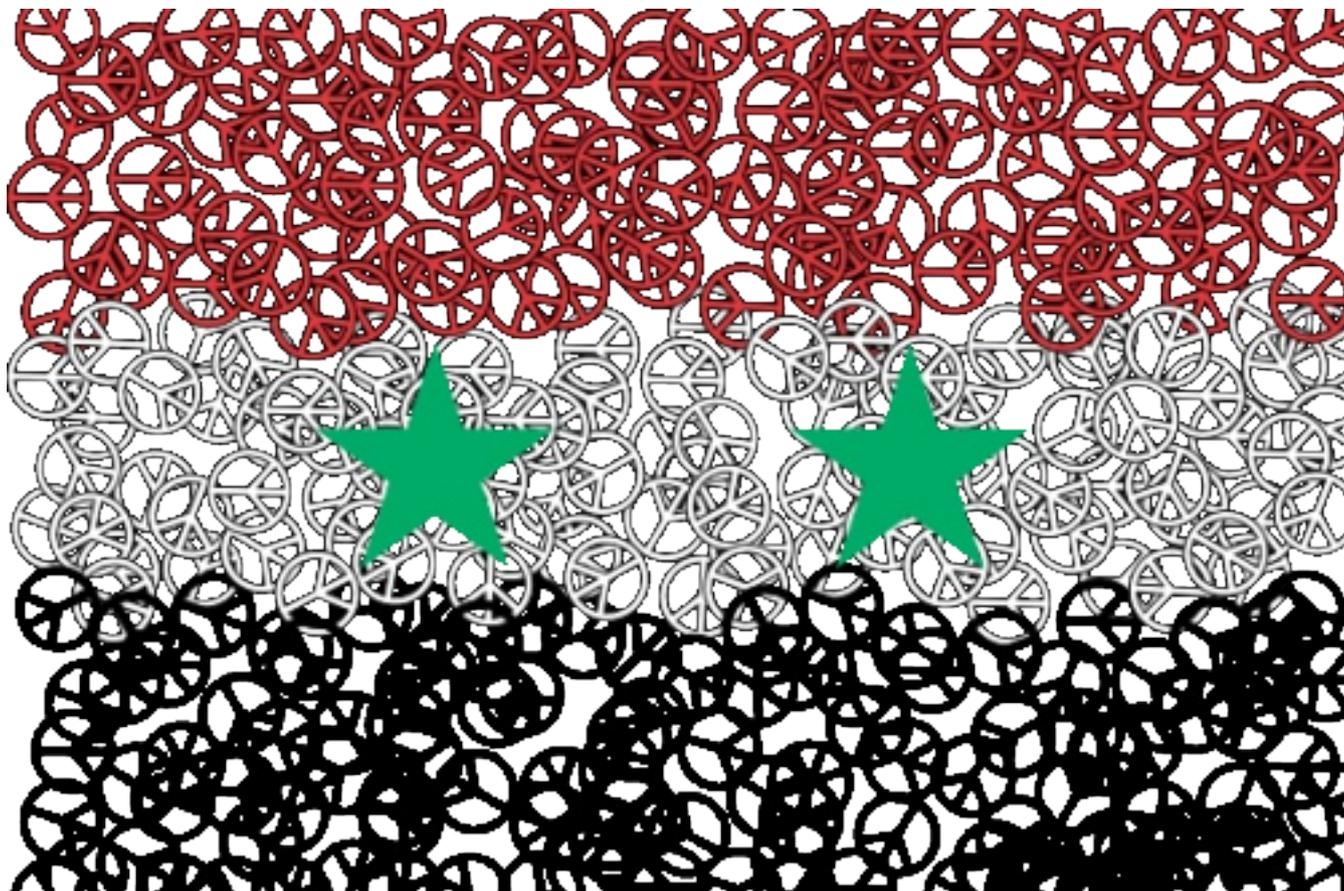
### Unterstützt die SFB!

Als junge Kommunisten und Kommunistinnen unterstützen wir die Schweizerische Friedensbewegung. Uns ist der Frieden zu wichtig, um ihn dem Bürgertum zu überlassen - von dem wir wissen, dass es auf Kriegskurs ist. Wer gegen Krieg und Unterdrückung eintreten will, dem oder der können wir nur raten, mit der Schweizerischen Friedensbewegung zu arbeiten.

**Website:** [www.friedensbewegung.ch](http://www.friedensbewegung.ch)

**Email:** [sfb@bluewin.ch](mailto:sfb@bluewin.ch)

**Cyrille, Bern**



## Ein Blick über den westlichen Tellerrand

Als westlicher Befürworter eines nationalen Dialogs in Syrien und Kriegsgegner kommt man sich manchmal doch ein bisschen Einsam vor. Aber so alleine sind wir nicht. Im Mittleren Osten, in Lateinamerika – überall wendet man sich gegen Intervention und Einmischung in Syrien.

Seit Ende des Kalten Krieges hat sich im westlichen fortschrittlichen und pazifistischen Lager viel verändert. Es wird immer offensichtlicher, dass der Großteil der Linken in Europa und den USA das Prinzip des «Endes der Geschichte» akzeptiert hat: der liberale Rechtsstaat und der Kapitalismus seien die endgültige Stufe der Menschheit, andere Gesellschaftsmodelle könnten nicht existieren. Als Vorhut der Demokratie hat die «freie Welt» nun die zivilisatorische Aufgabe, mit «humanitären Eingriffen» und «Friedensmissionen» für Recht und Ordnung in der ganzen Welt zu sorgen. Im Falle Syriens bedeutet das, die Regierung zu sanktionieren und die Rebellen zu unterstützen.

Den Kapitalismus als einziges Modell zu akzeptieren, bedeutet natürlich auch, jede Perspektive einer Revolution abzulehnen. Radikale Reformen gehören da definitiv der Vergangenheit an, mit kleinen Reformen

innerhalb des Systems lässt sich doch wesentlich mehr erreichen.

Und doch hat die westliche Linke mit dem «arabischen Frühling» eine gewisse Revolutionsromantik wiederentdeckt. Ob es nun um die friedlichen Revolutionen in Tunesien und Ägypten geht oder um die gewalttätigen Revolten in Libyen und Syrien: Undifferenziert unterstützt die Linke jegliche Opposition gegen die «diktatorischen Regimes» und wünscht sich militärische Lösungen herbei, ohne sich um die Folgen, involvierte Seiten und Interessen Gedanken zu machen.

### Die Freunde der Rebellen

Dass die Unterstützer der syrischen Rebellen primär aus der Türkei und den Golfstaaten (wie jeder weiss echte Demokratiechampions) kommen<sup>1</sup>, scheint an den westlichen Demokraten abzuprallen. Ebenso,

<sup>1</sup> <http://orf.at/stories/2150815/>

dass sich immer mehr dieser Kämpfer als radikale Islamisten entpuppen, die Selbstmordattentate verüben und andere religiöse Gruppen massakrieren<sup>2</sup>. Und selbst wenn die neue offizielle Oppositionsgruppe «Nationale Koalition» (allen voran von der französischen Sozialistischen Regierung anerkannt) sich als moderat gibt und ein Gegenpol zu den Islamisten darstellen will, schliesst sie jeglichen Dialog mit der Regierung aus. Im Klartext bedeutet das, dass man kein Interesse an einem<sup>3</sup> baldigen Ende des Blutvergiessens hat.

### Kommunisten im Mittleren Osten

Von Israel bis in die Türkei, von Marokko bis in den Irak sind sich die Kommunisten einig: Man steht für die Rechte der syrischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung ein, ist gegen jeglichen direkten oder indirekten Militäreinsatz aus dem Ausland und appelliert an ein sofortiges Ende der kriegerischen Aktivitäten. Eine von mehreren kommunistischen Parteien unterschriebene Deklaration (unter andere- der KP Türkei, PADS Algerien und der KP Palästina) betont, dass, auch wenn das syrische Volk berechtigte Gründe hat, gegen das Assad Regime zu protestieren, die jetzige Hetzkampagne gegen das Regime nichts mehr mit dem Volkswille zu tun hat. Man könne nicht den jetzigen Konflikt auf ein «Das Volk gegen den Diktator» reduzieren. Eine echte Veränderung kann nur dadurch erreicht werden, dass das ganze Volk sich gegen die imperialistische Aggression wehrt.<sup>4</sup>

Eine in der Türkei gehaltene Konferenz, bei der Intellektuelle aus verschiedenen Länder und Organisationen und Vertreter kommunistischer Parteien aus Tunesien, Marokko, Palästina, Libanon, Ägypten und Syrien teilgenommen haben, kommt zu einem ähnlichen Schluss. Auch hier wird die Unterstützung aller fortschrittlichen und demokratischen Bewegungen betont, die Gerechtigkeit, Freiheit und Brot für alle fordern. Auch hier wird betont, dass es ein Fehler sei, entweder für Assad oder für die Rebellen zu sein. Man müsse den Konflikt in seinem ganzen geopolitischen Umfeld betrachten.<sup>5</sup>

Harscher im Wortumgang ist die Kommunistische Partei von Israel. Sie kritisiert stark eine gewisse Linke für ihre bedingungslose Unterstützung der Rebel-

len. Es sei reine Ignoranz zu leugnen, dass der US-Imperialismus keine Interessen im Konflikt habe. Andererseits schießt die KP Israel auch auf «Möchtegern-Imperialisten» die nach ihrer Meinung einen Fehler begingen, wenn sie auf das einfache Spiel des «Der Feind meines Feindes ist mein Freund» setzen wollen.<sup>6</sup>

Die Kommunistische Partei Syriens hingegen unterstützt ihre Regierung, deren antiimperialistisches Projekt und die angefangenen demokratischen Reformen. Gleichzeitig betont sie ihren Kampf gegen wirtschaftliche liberale Reformen.<sup>7</sup>

Obwohl es klar Unterschiede in der Stärke der Kritik an der Assad-Regierung gibt, sind sich die Kommunisten des Mittleren Ostens einig in einem klaren Nein zu einer imperialistischen Intervention und einem klaren Ja für eine friedliche Lösung des Konflikts.

### Zur Internationalen Gemeinschaft

Wenn in den westlichen Medien von «Internationaler Gemeinschaft» gesprochen wird, sind meistens die EU und die USA gemeint. Aber was denken Vertreter der Länder, die nicht zur arroganten Ersten Welt gehören?

Fangen wir mit dem Bösen an: Ahmadinejad. Er warnt vor einer Ausweitung der Krise auf den gesamten Mittleren Osten. Die Krise in Syrien könne nur durch einen nationalen Dialog und Neuwahlen gelöst werden. Er kritisiert zudem die Haltung der USA, die den Plan von Kofi Annan sabotiert hätten, und alle Grossmächte, die direkt und indirekt im Konflikt involviert sind.<sup>8</sup>

Zudem ist es der Iran, der die Grundlage für Friedensgespräche zwischen Regierung und Opposition geschaffen hat. Die Gespräche haben am 18. November in Teheran angefangen.<sup>9</sup>

Auch China bemüht sich auf diplomatischer Ebene. Ohne eine Seite zu ergreifen, wird versucht einen Dialog zwischen den Fronten zu erreichen. Chinas Vorschlag ist einen Nachhaltigen Waffenstillstand zu erreichen und eine Übergangsregierung (bestehend aus der jetzigen Regierung, ethnischen Minderheiten und politischen Gruppierungen) zu bilden, die gewisse nötige Reformen einleitet.<sup>10</sup>

<sup>2</sup> <http://www.welt.de/politik/ausland/article108391348/Syrien-ist-al-Qaidas-neues-Schlachtfeld.html>

<sup>3</sup> <http://www.tagesspiegel.de/politik/buergerkrieg-in-syrien-neue-kaempfe-und-neue-einigkeit/7379662.html>

<sup>4</sup> <http://www.solidnet.org/turkey-communist-party-of-turkey/3013-cp-of-turkey-joint-initiative-of-the-parties-that-participate-in-the-international-communist-review-regarding-the-developments-in-syria-en-ru>

<sup>5</sup> <http://bianet.org/english/world/141639-hdk-s-middle-east-conference-concludes-with-declaration>

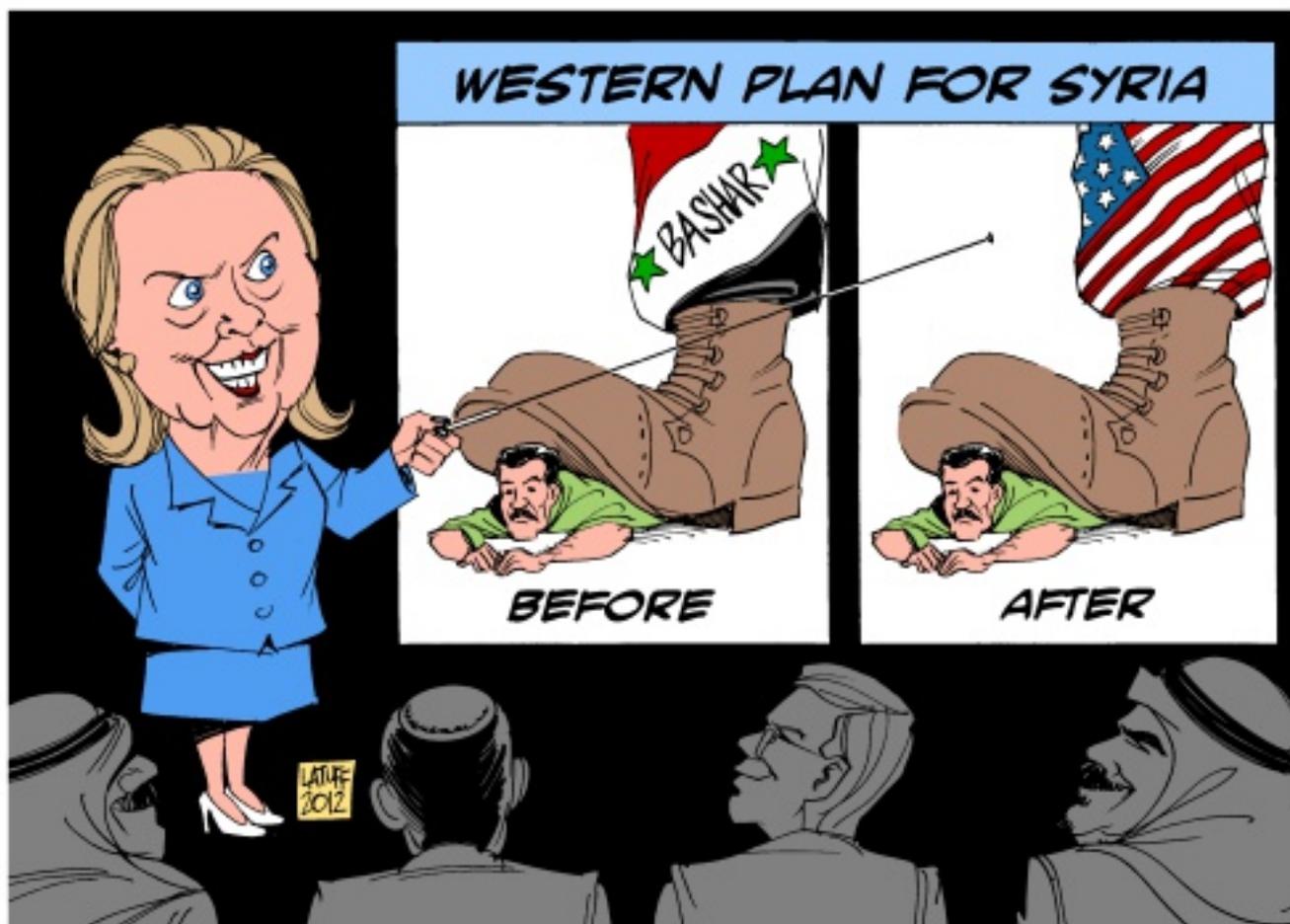
<sup>6</sup> <http://maki.org.il/en/party/136-articles/11134-on-the-political-situation-in-syria-a-spectre-is-haunting-the-blogger-gurvitz>

<sup>7</sup> <http://uprootedpalestinians.blogspot.ch/2012/02/syrian-communist-party-syria-will-not.html>

<sup>8</sup> <http://www.reuters.com/article/2012/10/02/us-syria-crisis-ahmadinejad-idUSBRE8910R420121002>

<sup>9</sup> <http://english.farsnews.com/newstext.php?nn=9107120300>

<sup>10</sup> <http://www.reuters.com/article/2012/11/01/us-syria-crisis-china-idUSBRE8A00I420121101>



**Die Herrschaft der syrischen Regimes soll durch die westliche Diktatur ersetzt werden. Das Volk hat dabei nichts zu gewinnen, im Bürgerkrieg aber sein Leben zu verlieren.**

Russlands volle Unterstützung an die Regierung ist dadurch erklärbar, dass in Syrien sich die letzten Militärstützpunkte Russlands ausserhalb der «Gemeinschaft der unabhängigen Staaten» befinden, und auch sonst starke wirtschaftliche Interessen mit dem arabischen Land bestehen.<sup>11</sup>

Indien, fordert alle syrischen Kriegsparteien auf ihre militärische Aktionen aufzugeben. Denn die bewaffneten Kämpfe führten nur zu einer Eskalation und Verschlechterung der humanitären Situation und eine politische Lösung werde so immer schwerer. Indien verurteilt zudem Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten.<sup>12</sup>

Die Position der brasilianischen Präsidentin Rousseff ist dazu analog. Obwohl sie die Verantwortung der humanitären Tragödie der syrischen Regierung zuschiebt und die friedlichen Demonstranten unterstützt, sieht sie nur eine diplomatische und friedliche Lösung und spricht sich gegen eine militärische Intervention aus.<sup>13</sup>

Die ALBA Staaten («Bolivarische Allianz für die Völker

unseres Amerikas») Bolivien, Kuba, Ecuador, Nicaragua und Venezuela stellen sich gegen Sanktionen und fordern einen nationalen Friedensplan durch die Uno. Die Kriegsparteien sollen die Gewalt einstellen.<sup>14</sup>

### Der Westen ist isoliert

Ob man die Forderungen der Opposition oder die Regierung unterstützt, oder sich im Konflikt neutral verhält: die Internationale Gemeinschaft stellt sich entschlossen gegen den Bürgerkrieg und fordert einen nationalen Dialog. Die Internationale Gemeinschaft ist gegen eine militärische Intervention, sei sie direkt durch NATO Bomben oder durch die Finanzierung der Rebellen. Die Internationale Gemeinschaft bemüht sich konkret um Friedensgespräche. Es sind die USA, die EU Staaten und die monarchistischen Golfstaaten die alleine da stehen, sie wollen keinen Dialog, sie wollen keinen Frieden. Und das sollte eine gewisse westliche Linke anstimmen, ihre Informationsquellen zu überdenken.

**Beat, Bern**

<sup>11</sup> <http://nsrc.wordpress.com/2012/07/21/a-chinese-position-on-syria-issue-the-un-charter-and-the-responsibility-to-protect-r2p/>

<sup>12</sup> <http://www.business-standard.com/india/news/militarisation-syrian-conflict-would-worsen-crisis-india/184848/on>

<sup>13</sup> <http://latina-press.com/news/135498-brasilien-rousseff-verurteilt-militaerische-intervention-in-syrien/>

<sup>14</sup> [http://english.pravda.ru/world/americas/07-06-2012/121341-alba\\_syria-0/](http://english.pravda.ru/world/americas/07-06-2012/121341-alba_syria-0/)



# Mit Öl gegen Armut

Hugo Chávez bleibt Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela. Zu verdanken hat er das seinen Sozialprogrammen, welche die Lage der Ärmsten im Land spürbar verbessert haben. Die Programme werden grosszügig von der verstaatlichten Erdölindustrie finanziert.

Der Lärm ist ohrenbetäubend. Zehntausende machen in den Strassen von Caracas ihrer Freude Luft. Laut. Und mit Feuerwerk. Der Nationale Wahlrat CNE hat soeben das Resultat der Präsidentschaftswahl in Venezuela verkündet: Der bisherige Präsident Hugo Chávez gewinnt die Wahl mit 55.13% der Stimmen, gefolgt von seinem Konkurrenten Henrique Capriles Radonski mit 44.25%. Eine rote Flut aus Anhängern Chávez' hat sich über die Hauptstadt ausgebreitet und feiert den Sieg ihres «comandante». Mittendrin steht Andreína Rodríguez. Sie ist erleichtert. Nicht auszu-denken, was passiert wäre, wenn Capriles die Wahlen gewonnen hätte! Der bürgerliche Präsidentschaftskandidat hätte – entgegen seiner Wahlversprechen – mit Sicherheit dem Kapitalismus mit «humanistischem» Antlitz, welchen Chávez in Venezuela geschaffen hat, wieder seine alte, hässliche Fratze aufgesetzt. Chávez hat in seiner vergangenen Amtszeit eine Reihe von Sozialprogrammen ins Leben gerufen, die beachtliche Erfolge in der Bekämpfung der Armut und der Verbesserung der Gesundheitsversorgung vorweisen können. Das vielleicht berühmteste der Sozialprogramme, der sogenannten «Misiones», ist die «Misión Barrio Adentro».

## Hinein in den Slum!

Andreína lebt in La Vega. Es ist eines der berühmtesten «barrios» von Caracas, ein Armenviertel. Die Armut ist sichtbar. Die vielen Häuschen im kleinen Tal

von La Vega sind behelfsmässig aus rotem Ziegel und Wellblech zusammengeschustert. Die Arbeitslosigkeit ist hoch. Die Menschen stehen auf den Strassen und versuchen, die Zeit totzuschlagen. Dennoch steht die überwältigende Mehrheit von ihnen hinter ihrem alten und neuen Präsidenten. Ihm haben sie es zu verdanken, dass die Armut um beinahe 20% gesunken ist. Seit dem Amtsantritt von Chávez 1998 ist der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung von 49.4% auf 30.2% gesunken. Es ist besser geworden, meint Andreína. Die Armen bekommen billige Lebensmittel, die subventioniert vom Staat in speziellen Supermärkten gekauft werden können. Daneben findet man überall Suppenküchen als Teil der «Misión Mercal» zur Bekämpfung des Hungers. Die Zahl der Hungerenden ist damit zumindest weniger geworden. Aber den vielleicht grössten positiven Effekt auf das Leben der Menschen im «barrio» hatte die «Misión Barrio Adentro». Nachdem in Venezuela eine linke Regierung unter Chávez an die Macht gekommen ist, sollte endlich auch den Menschen in den Slums eine minimale Gesundheitsversorgung zukommen. Als dieses Vorhaben jedoch gestartet wurde, meldeten sich gerademal 50 venezolanische Ärzte; und nachdem diesen bewusst wurde, dass sie in die «barrios» müssten, stieg der Grossteil wieder aus. Die verbleibenden 20 Ärzte waren Spezialisten, welche ausserhalb der «barrios» eingesetzt würden. Die Weigerung der feigen venezolanischen Ärzte, die meist aus der reichen Elite

stammten, stellte ein ernsthaftes Problem dar. Die Lösung war schnell gefunden: Ärzte aus Kuba. Die Solidarität der kubanischen Ärzte ist legendär. So ist zum Beispiel die internationale Ärztebrigade «Henry Reeve» seit dem Erdbeben auf Haiti stationiert und hilft bei der Eindämmung der Choleraepidemie. Die kubanischen Ärzte sind erfahren im Umgang mit armen Menschen in der Dritten Welt. In Venezuela haben sie sich hervorgetan, als sie 1999 bei Erdbeben in Caracas den zahlreichen Verletzten medizinische Hilfe leisteten. Daraus entwickelte sich eine Kooperation zwischen Venezuela und Kuba. Für die «Misión Barrio Adentro» wurden Ärzte aus Kuba geholt, die nicht davor zurückschrecken, auch den Menschen in den Slums eine medizinische Versorgung zu ermöglichen. Die Hilfe ist nicht einseitig. Im Gegenzug für die medizinische Unterstützung beliefert Venezuela Kuba mit Erdöl.

### Am Öltropf

Das Erdöl ist ein Segen und ein Fluch. Einerseits bringen die grossen Erdölvorkommen Venezuela eine Menge Geld ein. Andererseits konzentriert sich die venezolanische Wirtschaft zur Folge fast ausschliesslich um das schwarze Gold, ist darauf angewiesen

und somit verwundbar. Das Problem ist an sich nicht, dass die Sozialprogramme vom Erdöl abhängig sind. Das Problem ist, dass der Erdölpreis von den kapitalistischen Marktgesetzen abhängt. Sind die Einnahmen aus der Erdölindustrie hoch, können die Misiones bezahlt werden. Wenn sie jedoch fallen, fehlt plötzlich das Geld. So standen den Misiones «Barrio Andentro» und «Mercal» 2007 noch 7.1 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Als 2008 die Wirtschaftskrise über den Weltmarkt fegte, konnten nur noch drei Millionen dafür aufgewendet werden.

Im Gesundheitszentrum vom «barrio» La Vega kann sich Andreína und ihre Kinder medizinisch versorgen lassen – kostenlos. Im Mercal-Supermarkt bekommt sie ihre Lebensmittel zu Preisen, die sie sich leisten kann. Mit einer sozialen Politik, wie Chávez sie führt, lässt sich das ärgste Elend der Massen lindern. Aber ein solches System ist – wie der Kapitalismus als Ganzes – äusserst instabil. Mit einer Wirtschaftskrise, mit einem bürgerlichen Wahlerfolg lassen sich jegliche sozialen Fortschritte wieder zunichte machen. Stabilität und wirtschaftliche Sicherheit können im planlosen Profitstreben des Kapitalismus nicht garantiert werden. Das kann nur der Sozialismus. Also vorwärts, Chávez!

**Taki, Zürich**



Einblick in ein Klassenzimmer der «Misión Ribas» in La Vega. Die Leute holen die Sekundarschule nach, nachdem sie das Programm zur Bekämpfung des Analphabetismus bei Erwachsenen durchlaufen haben. Caracas, 2006.



# MONOPOLY

in echt

Den Kapitalismus der freien Konkurrenz gibt's nicht mehr. Längst wurde er vom Kapitalismus der Monopole verdrängt. In der Folge musste die Menschheit zwei Weltkriege und unzählige imperialistische Aggressionen ertragen. Lenin hat in seinem Werk über den Imperialismus neben den politischen, auch dessen ökonomische Dimensionen aufgezeigt.

Die Weltwirtschaft wird von einigen wenigen Grossunternehmen beherrscht. Erst kürzlich hat eine ETH-Studie aufgedeckt, dass 40 Prozent der weltweiten Unternehmen in der Hand von 147 Konzernen liegen.<sup>1</sup> Während in den Schulen, den Medien und in den Parlamentsdebatten noch von freien Märkten und freier Konkurrenz – freier Unsinn – geschwafelt wird, haben sich in der ökonomischen Realität längst die Monopole durchgesetzt. Der Kapitalismus der freien Konkurrenz hat das Zeitliche gesegnet, auch wenn er in den Köpfen der Menschen weiter spukt. Die wirklichen Verhältnisse müssen vertuscht werden, da die freie Konkurrenz den Stützpfiler der bürgerlichen Ideologie bildet. Die Monopole können von den bürgerlichen Ideologen zwar nicht ganz geleugnet werden, sie werden jedoch als nebensächlich abgetan –

die Macht der Monopole könne schliesslich im Notfall mit politischen Mitteln gebrochen werden. Au contraire; weil das monopolistische Grossunternehmen das bestimmende Element im gegenwärtigen System darstellt, herrscht es im selben Mass über die Politik. Die Zerschlagung des weltweit grössten Erdölmonopols «Standard Oil» hat nicht das Ende dieses Monopols herbeigeführt, sondern die Herausbildung mehrerer neuer (von denen sich übrigens einige wieder zusammengeschlossen haben und das umsatzstärkste Unternehmen der Welt «ExxonMobil» bildeten).

Der Konkurrenzkapitalismus ist tot; es lebt der Imperialismus. Dieser Fachbegriff für den monopolistische Kapitalismus hat schon einige Jährchen auf dem Buckel. Wladimir Illjitsch Lenin hat den Übergang von

<sup>1</sup> S. Vitali, J. Glattfelder, S. Battiston (2011): *The network of global corporate control*.

der Konkurrenz zu den Monopolen zu Beginn des 20. Jahrhunderts hautnah miterlebt und dieser neuen Form des Kapitalismus ein Buch gewidmet, welches noch immer brandaktuell ist. Will man dieses System, in dem wir zu leben gezwungen sind, wirklich begreifen, muss man sich mit Lenin beschäftigen. Karl Marx hat mit seinem viel gerühmten, aber wenig gelesenen Werk «Das Kapital» das ökonomische System seiner Zeit – den Kapitalismus der freien Konkurrenz – analysiert. Seine Analyse ist grösstenteils noch gültig, da sich am Besitzverhältnis zwischen der Minderheit der Kapitalistenklasse und der Mehrheit des Proletariats nichts geändert hat. Lenin baut seine Analyse des neueren Kapitalismus deshalb auch darauf auf.

### Konzentration in der Konkurrenz

Die Ursache für den Übergang der freien Konkurrenz zum Monopol liegt in der Konzentration der Produktion in den Händen Weniger. Durch die freie Konkurrenz und die Jagd nach Profiten sind die Unternehmen zu ständigem Wachstum gezwungen. In der freien Konkurrenz stehen sich im Idealfall viele kleine Unternehmen gegenüber. Kann eines nicht mithalten – sei es durch kostspieligere Produktion, Wirtschaftskrisen und dergleichen – fliegt es entweder aus dem Rennen und die verbleibenden Unternehmen können sich seinen Marktanteil untereinander aufteilen, oder es wird von einem anderen Unternehmen aufgeschluckt. Steigt ein neuer Konkurrent in einen bereits gesättigten Markt ein, hat er einen Nachteil, da er sich die Marktanteile erst erkämpfen muss, und ihm kann leicht das oben geschilderte Schicksal widerfahren. Ein weiterer Faktor, der zur Konzentration der Produktion und zur Monopolbildung führt, ist, dass die Produktionskosten sinken, je grösser das Unternehmen wird. Indem es mehrere Industriezweige in sich vereinigt (beispielsweise wenn es neben der Förderung von Rohstoffen diese auch gleich weiterverarbeitet), können damit einerseits der Handel und die Kosten für Zwischenhändler ausgeschaltet werden. Andererseits widerstehen sie als Monopole leichter den immer wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus. Die Bedingungen, die den Übergang von der freien Konkurrenz zu den Monopolen ermöglicht, liegen also gerade in den Eigenschaften dieser Konkurrenz.

Die Folge der Monopolbildung ist ironischerweise das, was der bürgerliche Ökonom am meisten fürchtet: Planwirtschaft! Der Mammutkonzern, der die verschiedensten Industriezweige dirigiert, darf dabei nicht den Überblick über die Produktion verlieren. Der Produktionsumfang wird genaustens bestimmt. Die

benötigten Rohstoffe und Materialien werden lange im Voraus berechnet. Die Rohstoffquellen werden geortet und gesichert.

«In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermassen ohne ihr Wissen und ohne ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet.»<sup>2</sup> Doch einen Unterschied gibt es: «Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung jedoch bleibt privat.» Die Produktionsmittel verbleiben noch immer in den Händen einiger wenigen Kapitalisten. Und das Ganze wird als freie Konkurrenz verkauft.

Gerne wird von bürgerlichen Kritikern den Monopolen die Schuld am imperialistischen System zugeschoben und eine Rückkehr zur schönen freien Konkurrenz gefordert. Dieser reaktionäre Vorschlag ist erstens nicht oder kaum durchführbar, weil die Macht der Monopolunternehmen zu gewaltig ist. Zweitens wäre es zwecklos, da, um Marx zu zitieren, «sich die ganze Scheisse wieder herstellen müsste».<sup>3</sup> Die Ursache des Übergangs zum monopolistischen Kapitalismus liegen schliesslich in der freien Konkurrenz selber.

### Banken regieren die Welt

Eine zentrale Rolle im von Monopolen beherrschten Kapitalismus spielen die Banken. Das war schon zu Lenins Zeiten so, und so ist es noch immer, wie wir es im täglichen Leben erfahren können. Die ursprüngliche Aufgabe der Banken war die Zahlungsvermittlung. Geld, das in einem Sektor angehäuft wurde, aber brachliegt, wird mit ihrer Hilfe in einem anderen Sektor in profitbringendes Kapital verwandelt. Wie die Industrieunternehmen entwickelten sich aber auch die Banken zu riesigen Monopolen (die meisten der oben genannten 147 Unternehmen sind Banken). So verfügen sie über Unsummen an Geldern. Das hat zur Folge, dass die Industriemonopole, die für Investitionen hohe Geldsummen benötigen, nur noch bei diesen Geldmonopolen anknöpfen können. Nur die Grossbanken besitzen ausreichend Mittel, um der Industrie grössere Kredite zu gewähren. So entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis, in dem die Banken am Drücker sind. In der freien Konkurrenz hatte die Börse die Funktion des Regulators für die Gesamtwirtschaft. Im Imperialismus wird sie immer mehr von den Banken übernommen. Der Einfluss der Banken auf die Industrie nimmt zwar zu, so dass die kleinbürgerlichen Ideologen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts vom «Terrorismus der Banken» sprachen; es

<sup>2</sup> Wenn nicht anders gekennzeichnet, stammen alle Zitate aus: W. I. Lenin: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*.

<sup>3</sup> K. Marx: *Die deutsche Ideologie*.

lässt sich jedoch auch ein rückwirkendes Phänomen beobachten: In den Aufsichtsräten der Grossbanken sitzen vermehrt Grossindustrielle (sowie Politiker). Allgemein kann man also ein «Verwachsen des Bankkapitals mit dem Industriekapital» feststellen. Das Ergebnis dieses Prozesses ist schließlich das Finanzkapital in den Händen der Grossbanken, die ihrerseits genötigt sind, ihre Kapitalien in der Industrie zu fixieren. Das Finanzkapital des Imperialismus ist «Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen».

### Parasitärer Imperialismus

Mit dem Aufstieg des Finanzkapitals verändern sich gewisse Eigenschaften des Kapitalismus. Im alten Kapitalismus der freien Konkurrenz stand der Warenexport im Zentrum. Im neuen Kapitalismus der Monopole tritt der Kapitalexport an dessen Stelle. Je entwickelter die Wirtschaft und je mehr Kapital angehäuft wurde, umso mehr kann und wird in riskante, langfristige und eben auch ausländische Unternehmen investiert. Ein internationaler Warenaustausch ist typisch für den Kapitalismus. Vormalig wurden Rohstoffe aus wenig entwickelten Ländern einfach gegen verarbeitete Produkte der Industrienationen getauscht. Im Imperialismus wird hingegen der Kapitalüberschuss in die unterentwickelten Länder exportiert, wo «die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig» sind, und die Profite grösstenteils wieder in die Ursprungsländer zurückgeführt. Der Kapitalexport bildet eine «solide Basis für die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung der meisten Nationen und Länder der Welt, für den kapitalistischen Parasitismus einiger reicher Staaten».

Um ihre Profite zu sichern und um Preisunterbietungen durch ihre Konkurrenten zu verhindern, sprechen sich die Monopole – wenn möglich – untereinander ab und bilden Kartelle. Die Produktion eines Landes liegt beinahe vollständig in der Hand von einigen wenigen Monopolunternehmen, die den Binnenmarkt unter sich aufteilen und so die Konkurrenz untereinander minimieren. Genau dasselbe geschieht auf dem Aussenmarkt. Die ganze Welt wird unter den Monopolen der entwickelten Ländern in «Einflussphären» aufgeteilt. Die Monopole bilden internationale Kartelle. Auf dem Boden der ökonomischen Aufteilung der Welt entstehen gewisse Beziehungen zwischen den Monopolunternehmen, auf einer höheren Stufe auch zwischen den einzelnen Staaten. Der Kampf um Kolonien beginnt. Mit der Zeit erwächst diesem Kampf ein gewichtiges Problem: Die Erde ist begrenzt und irgendwann einmal ist sie vollständig

unter den Kolonialmächten aufgeteilt. Die Länder Amerikas, Asiens und zuletzt Afrikas liegen komplett in ihren Händen. Ab jetzt ist nur noch eine Neuverteilung des Kolonialbesitzes möglich. Einige Länder wie Deutschland, die USA und Japan sind erst spät ins Rennen um Kolonien eingestiegen und drängen auf eine Neuverteilung. Daraus entstehen Spannung unter den imperialistischen Mächte, die schliesslich in die zwei Weltkriege geführt haben.

«Und diese Ergebnisse zeigen, dass auf einer [monopolkapitalistischen] Grundlage, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, imperialistische Kriege absolut unvermeidlich sind.»

### In the belly of the beast

Die imperialistische Ausbeutung hat einerseits einen Einfluss auf die Beziehung zwischen den imperialistischen Staaten, respektive den einzelnen nationalen Bourgeoisien, was in kriegerischen Auseinandersetzungen ausarten kann. Sie bewirkt deren Umwandlung in parasitäre «Rentnerstaaten», welche die eigene Industrie in die Kolonien und abhängigen Länder auslagert und damit unproduktiv werden. Diese «Rentnerstaaten» leben dann mehr oder weniger «von der Ausbeutung der Arbeit einiger überseeischer Länder und Kolonien».

Andererseits bleibt dieses System auch im Innern der imperialistischen Länder nicht folgenlos. Die herrschende Klasse kann sich offensichtlich mit dem Imperialismus weiter bereichern. Bedeutend ist aber, dass damit zusätzlich die «Fügsamkeit der unteren Klassen durch Bestechung» erkaufte werden kann. Allerdings betrifft dies laut Lenin bloss die «Oberschichten des Proletariats». Der Effekt ist einerlei: Die bestochenen AnführerInnen der Arbeiterbewegung treten nicht mehr für die Interessen des internationalen Proletariats ein, sondern für die nationalen und damit imperialistischen Interessen des jeweiligen Landes. Glänzend wurde dies durch den Verrat der Sozialdemokraten vor dem Ersten Weltkrieg bestätigt, als sie für die Kriegskredite gestimmt und so einen grauenhaften Krieg ermöglicht haben.

Bei all den Übeln des Imperialismus darf man nicht vergessen, dass er auch eine fortschrittliche Seite besitzt: Die Monopole bewirken eine Vergesellschaftung der Produktion. Dieser zunehmenden Vergesellschaftung widersprechen aber die äusseren Eigentumsverhältnisse. Die Widersprüche des Kapitalismus verstärken sich – man denke nur an die Milliarden Menschen, die im absoluten Elend leben. Die Fesseln müssen gesprengt werden. Der Imperialismus ist «sterbender Kapitalismus».

**Taki, Zürich**



Für die angegriffenen Völker bedeutet der Imperialismus Tod und Zerstörung. So tötete der deutsche Oberst Klein mit einem einzigen Bombenangriff auf einen stehenden Tanklastler mehr als 140 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder. Geschehen am 4. September 2009 in der Nähe von Kundus, Afghanistan.



Für die Herrschenden in den imperialistischen Ländern ist der Krieg eine Möglichkeit zur Neuaufteilung ganzer Länder. Besonders deutlich zeigt sich das auch im von Nato-Kräften besetzten Afghanistan.



# Pony Time

Ein Gespenst geht um, es ist das Gespenst hüpfender Pferde. Entgegen jeder Vermutung, entgegen jeder Zielgruppenanalyse haben kleine Ponys das Internet erobert. Und sich einen Fankreis aus jungen und nicht-mehr-jungen Männern geschaffen. WTF?!

Entschuldigt, wir sind noch immer ein wenig fassungslos. Hinter uns liegen die – seit langer, langer Zeit – seltsamsten paar Stunden, die wir auf Youtube verbracht haben. Wir haben es geschaut. «My Little Pony: Friendship is Magic». Über drei Stunden sind die kleinen, bunten, zuckersüß-animierten Ponys vor unseren Augen herumgelaufen. Als wäre das nicht genug, haben wir im Vorfeld schon Recherche betrieben. Etwas unsicher sind wir noch. Sind wir nun Bronies?

## Kinderserie für Männer

Das ist kein Witz. Das müssen wir betonen: Es – ist – kein – Witz! Es geht hier tatsächlich um Ponys. Um die US-amerikanische Animationsserie «My Little Pony: Friendship is Magic». Und die ist nicht ironisch, nicht sarkastisch, zu keinem Funken zynisch. Es geht wirklich um kleine, hüpfende, lachende Pferde die – über Freundschaft philosophieren. Eine Serie, deren Zielpublikum 7-jährige Meitli sind. Das wäre alles

nicht sonderlich spektakulär, nicht erwähnenswert. Eine Kinderserie halt. Wartet den nächsten Satz ab:

**Mittlerweile besteht die grösste Fanszene von My Little Pony aus 14- bis 35-jährigen Männern.**

Sie nennen sich «Bronies». Brother Ponies, Pferdebrüder also. Sie haben das Internet im Sturm erobert. Jetzt sind sie daran, sich auch ausserhalb des Internets zu organisieren...

## Die Flut

Die Ponys sind eine alles überschwemmende Flut. Beispiele in Zahlen:

- Auf der grossteils Fantasy-Anime geprägten Kunstseite deviantArt.com gab es schon 2011 mehr als 90'000 «Werke» bezüglich der Ponys. An manchen Tagen wurden mehr als 300 Uploads gemacht.
- Auf der Online-Gaming-Website mmo-champion.com existiert mittlerweile der zehnte Thread zum Thema Ponys. Momentane Postanzahl: 63'953. Tendenz rasch steigend.

- Die Pony-Website equestriadaily.com hat es innert zwei Jahren auf über 272 Millionen Seitenaufrufe gebracht.

### Pony-Terrorismus

Im Strudel der Ponyapokalypse hat sich sogar eine neue Form des Cyber-Terrorismus gebildet. Die «Pony Rebellion». Wenn es nacht ist, wenn die guten Bürger des Internets schlafen, dann heisst es für die Bronies: «Die Moderatoren schlafen - postet Ponys!» Und in Dutzenden Foren, die nichts mit den Ponys zu tun haben, werden innert kürzester Zeit Hunderte Einträge zu den niedlichen Pferden verfasst. Wird es morgen und wachen die Bewacher der Foren (die Moderatoren) auf, so finden sie Aberhundert Ponybilder vor. Wir sehen: Manche Leute haben wirklich nichts zu tun.

### Die Eroberung von Stadt und Politik

Aber die Bronies bleiben nicht in ihren Kellern, verlassen sich nicht nur auf das Internet. Mittlerweile gibt es Fantreffen der Pferdebrüder. In Deutschland fand vom 11. bis zum 12. August die erste «Galacon» statt.

Und etwa 500 Pferdefreunde waren da.

Noch wichtiger dürfte aber die Eroberung der Politik sein. Wie die besten Trotzkiten schleusen sich die Ponys langsam in die Partei ein. In die Partei des Internets und des grenzenlosen Schwachsinn: in die Piratenpartei! Weil wir es selbst nicht glauben konnten, zitieren wir an dieser Stelle Wikipedia:

*«Innerhalb der deutschen Piratenpartei werden Folgen der Serie genutzt, um bei hitzigen Diskussionen eine Beruhigung herbeizuführen, die Teilnehmer zu entspannen und statt der Austragung eines Konflikts auf die Lösung eines Problems zu konzentrieren. Dazu hat sich der Begriff Pony Time etabliert. Nach Abstimmung wurde diese Auszeit in die Geschäftsordnung der Piratenpartei-Fraktion in Berlin aufgenommen. Bei ihrer Beantragung wird eine für die aktuelle Thematik angemessene Folge ausgewählt und ungefähr 20 Minuten lang abgespielt.»* Wer hätte gedacht, dass den deutschen Freibeutern derart die Pferde durchgehen?

### Sozialutopisches Pony-Matriarchat

Um all das zu verstehen, haben wir uns in den Selbsttest begeben. Nach eingängigen Studien sind wir zur Meinung gekommen: My Little Pony ist die



«Die Moderatoren schlafen - postet Ponys!»  
Zehntausende Fans mit Zehntausenden Fanbildern.

Sozialutopie eines funktionierenden Matriarchats. Die Hauptfiguren der Serie – Twilight Sparkle, Rainbow Dash, Fluttershy, Rarity, Applejack und Pinky Pie – sind allesamt Frauen. Die Herrscherin des Königreichs ist Prinzessin Celestia. (In späteren Folgen begleitet von ihrer Schwester Luna.) Sämtliche strategische Positionen der Ponygesellschaft scheinen in den Händen von Frauen zu liegen. Frauen sind Lehrerinnen, Arbeiterinnen, Verkäuferinnen, Magierinnen, Studentinnen. In einem Wort: Herrscherinnen.

Das hat seinen Witz. Gerade in der ersten Staffel kommen Pferdemenner entweder nicht vor oder nur als Randfiguren. Da ist Big Macintosh, ein Arbeiter der nur einen einzigen Satz spricht. Da sind die Mannpferde, die frau nur braucht, um die Kutschen zu ziehen. Da ist das Aristokratenpferd, das durch seine völlige Nutzlosigkeit glänzt. Im Ponyland beweisen die Frauen, dass die gute Gesellschaft in ihren Händen liegt.

Und sozialutopisch ist dieses Matriarchat, weil es keine Herrschaft braucht. Würde die Prinzessin nicht Prinzessin heissen: keine Sau...err: kein Pferd würde wissen, dass da überhaupt eine Regentin ist. Gewalt gibt es im Ponyland praktisch nicht. Geld hingegen schon. Es spielt nur keine Rolle. Essen können die Ponys auch ohne Geld und eine Wohnung wird ihnen zugewiesen. Die besten Ponys sind sozialistische Ponys!

### Antira-Ponys

Hier gibt es kaum Gewalt. Die ganze erste Staffel ist von Folgen ohne Bösewicht geprägt. (Kaum vorstellbar, nicht?) Ob Naruto, One Piece oder Dragonball Z, die typische Aussage ist immer gleich. «Du musst kämpfen, du musst durchhalten, du musst weiterkämpfen, auch wenn dein Blutverlust ganze Seen rotfärben könnte.» Bei den Ponys klingt das ein wenig anders. «Wir müssen zusammenarbeiten und im Gespräch unsere Probleme lösen. Wir sind doch Freunde!» Wenn mal eine Schurkin auftaucht (das ist selten genug), dann wird sie meist durch Magie und Freundschaft besiegt. Get it? Friendship IS Magic! Wie schreibt man eine Show ohne Schurken? Etwa mit der nächsten Modeschau, mit der anrückenden



Fanszene aus bis zu 35-jährigen Männern.

«Grand Gallopin Gala», vor allem aber mit Sozialproblemen. Etwa wenn auf einmal das fremde Zebra auftaucht. Das ist ziemlich spooky, keiner mag es weil es keiner kennt. Und natürlich lernen unsere Ponys das Zebra kennen und finden heraus, was für eine wundervolle Freundin es sein kann. «Liebe Prinzessin Celestia. Meine Freundinnen und ich haben eine wichtige Lektion gelernt. Man darf niemals voreilige Schlüsse ziehen. Vielleicht sieht jemand anderer ungewöhnlich, seltsam oder sogar unheimlich aus. Aber man sollte herausfinden, wer er wirklich ist.» Das ist dann die Pony-Variante von: Fickt euch, Rassisten!

### Pony-Gegenaktion

Schöpfen wir mit der grossen Kelle. Es gibt die Bronies und den Kult um die Ponys, weil My Little Pony in der Zeit von Krieg und Krise das Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit illusorisch befriedigt. Die Pony sind bunt wie ein Regenbogen, süss

wie Zuckerwatte. Aber nicht ganz so schmierig. Sie verzichten auf den Pathos von «Ich werde weiterkämpfen und dich besiegen!». Das wird gewollt. Das ist auch gar nicht so verwunderlich. Man erinnere sich, dass im letzten Jahrzehnt ständig Kriege geführt wurden. Die Krise ist das Dauerthema dieser Gesellschaft. Wo die soziale Unsicherheit immer mehr in den Vordergrund tritt, will man sie auch lösen. Oder sich ablenken. Ruhe, Geborgenheit, Fröhlichkeit. Nichts anderes sind die Ponys. Dass eine Serie um hüpfende Pink-Ponys derart durchschlagenden Erfolg haben konnte – es sind die gesellschaftlichen Umstände.

### Pony-Hipster

Darüber hinaus. Die Ponys sind nicht cool. Sie wollen es auch gar nicht sein. Bekanntlich gibt es eine Gruppe von Leuten, die genau das lässig findet: die Hipster. Mit untrüglichen Sinn spüren sie auch den letzten Gegentrend auf und besetzen ihn. Und so haben sie sich vereinigt, die Bronie-Hipster aller Welt. Für Leute wie Jana, die Elektrikerin war und deprimierend-tiefe Realistin ist, gilt eine Merkregel: «Es gibt keinen Weg, eine Serie über kleine Ponys zu machen, die ich cool finden würde.»

**DIE (VOR)LETZTE SEITE. DU HAST ES ALSO BIS HIERHER GESCHAFFT. UND JETZT? HIER VIER MÖGLICHKEITEN WIE VIER SCHICKSALSPFADE, DIE VERHEISSUNGSVOLL STRAHLEND SICH DIR AUFTUN:**

**1**

Du findest uns scheisse und trauerst den Minuten nach, die du in diesem Heft verloren hast. Tja, Pech gehabt. Du mit uns; wir mit dir aber auch, denn da du dieses Magazin in der Hand hältst, wird dir einer von uns es wohl gegeben haben. Schade um's Papier. Trotz alledem hast du jetzt noch zwei Möglichkeiten:

- (a) Du schmeisst das Heft weg. Ende, aus.
- (b) Du schmeisst das Heft weg und willst dich dem Shitstorm gegen uns anschliessen. Nur zu. Hier unsere Mailadresse: [info@KommunistischeJugend.ch](mailto:info@KommunistischeJugend.ch)

**2**

Du findest uns scheisse, aber lustig, willst dir also auch die nächste Nummer noch antun. Dazu können wir dir nur raten. Möglich, dass wir mit der Zeit besser werden; möglich, dass du ein besserer Mensch wirst. Eins von beiden würde ja schon genügen, damit wir zusammen glücklich werden. Jetzt tust du Folgendes: Du schreibst uns an [info@KommunistischeJugend.ch](mailto:info@KommunistischeJugend.ch), lässt die Sau raus und bestellst das nächste Heft. Fertig.

**3**

Du findest relativ lässig, was wir machen. Du bist ganz neugierig, was da noch so geht – mit diesem Magazin und der Kommunistischen Jugend allgemein. Wunderbar. Dazu können wir dir nur gratulieren und dir empfehlen, es Person 2 gleichzutun (bis auf den Teil mit der Sau...).

**4**

Wir haben dich überzeugt. Du willst nicht nur die Roten Seiten haben, sondern gleich in der Kommunistischen Jugend mitmachen. You are fucking awesome! Also ab an den PC, und an [info@KommunistischeJugend.ch](mailto:info@KommunistischeJugend.ch) eine Mail geschrieben. Kommunismus +1

# Lied gegen den Krieg

Der Prolet wird in den Krieg verladen,  
Dass er tapfer und selbstlos ficht.  
Warum und für wen wird ihm nicht verraten  
Für ihn selber ist es nicht.  
Dreck euer Krieg! So macht ihn doch allein!  
Wir drehen die Gewehre um  
Und machen einen anderen Krieg.  
Das wird der richtige sein.

Der Prolet muss in den vordersten Graben  
Die Generäle bleiben dahint.  
Und wenn die Herren gegessen haben  
Kann sein, dass er auch noch etwas find't.  
Dreck euer Krieg! So macht ihn doch allein!  
Wir drehen die Gewehre um  
Und machen einen anderen Krieg.  
Das wird der richtige sein.

Der Prolet baut ihnen die Kriegsmaschinen  
Für einen schlechten Lohn  
Damit sie ums Leben bringen mit ihnen  
Mancher Proletenmutter Sohn.  
Dreck euer Krieg! So macht ihn doch allein!  
Wir drehen die Gewehre um  
Und machen einen anderen Krieg.  
Das wird der richtige sein.

Der Prolet bezahlt die Niederlage  
Der Prolet bezahlt den Sieg.  
Drum planen sie bis zum Jüngsten Tage  
Mit ihm noch manchen blutigen Krieg.  
Dreck euer Krieg! So macht ihn doch allein!  
Wir drehen die Gewehre um  
Und machen einen anderen Krieg.  
Das wird der richtige sein.

Der Prolet steht Jahr und Tag im Kriege  
In der großen Klassenschlacht  
Und er blutet und zahlt bis zu seinem Siege.  
Der ihn für immer zum Herren macht.  
Dreck euer Krieg! So macht ihn doch allein!  
Wir drehen die Gewehre um  
Und machen einen anderen Krieg.  
Das wird der richtige sein.

**Bert Brecht**

